

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 9 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Freundschaft.

Gehe mit einem Freund zu Rat über alles, zuerst aber gehe zu Rat über ihn selbst. Ist der Freundschaftsbund geschlossen, so muß man treuen, vorher muß man prüfen. Seneca.

Es mag dem Dichter und der Jugend überlassen bleiben, in hohen Tönen die Freundschaft zu preisen. Im nüchternen Alltags- und Arbeitsleben rehet man wenig über Freundschaft; entweder pflegt man sie oder geht verständnislos daran vorbei. Auf jeden Fall tut es auch dem wetterfesten Manne der Arbeit gut, wenn er dahn und wann seine persönliche Angelegenheit in einer gemäßigten Stunde mit einem treuen Kameraden besprechen kann, wenn er durch ein ermutigendes Wort von ihm aus einer Unsicherheit herausgerissen und zu entschiedenem Handeln gedrängt wird. Und in schweren Unglücksstunden, wo man bei den nächsten Angehörigen oft gleiche Trauer, gleiche Hilflosigkeit bemerkt, erleichtert es das Herz, wenn man sich bei einem verständnisvollen Freunde ausspricht. Doch Rat und Trost darf man nur bei dem suchen, der bis auf den Grund der Seele aufrichtig und ehrlich ist, und der Selbstlosigkeit genug besitzt, mit einem andern Leiden zu teilen und zu tragen. Wo immer man nicht die volle Garantie hat, daß man sich mit einer vertrauensvollen Aussprache dem andern nicht ausliefert, um bald mit Schonungslosigkeit am Herdfeuer besprochen zu werden; wo immer Gefahr da ist, daß sich die Mundwinkel des andern zu einem wenn auch noch so feinen schadenfrohen Lächeln verziehen, während man ihm die eigenen Wunden zeigt — da verhält man sorgfältig alles persönliche. Da erwartet man keinen Freund, sondern einen Verräter. ~~Manche Freunde wollen geliebt sein, und man braucht sie nicht nach Dingen zu zählen.~~

Über ein erprobter Freund ist wie ein Stern im Dunkel des Lebens. Wenn man in schwierigen Tagen so geblendet ist, daß man nicht aus noch ein weiß, so laun ein ruhiges, klares Freundeswort auf den rechten Weg führen. Wie ein mildes Sternchenlicht in der Nacht strahlt die Güte eines teilnehmenden Freundes in ein leidvolles, finsternes Menschenherz. Wie ein Stern am Himmel ruhig und sicher seine Bahn zieht, so begleitet einen der Freund durch die wechselvollen Tagen des Lebens. Es wäre Unrecht, wenn man ihm, nachdem man von seiner aufrichtigen und wohlwollenden Stimmung überzeugt ist, nicht stets vertrauen wollte. Verschlossenheit und Zweifel lagern sich wie dunkle Wolken zwischen dem Stern der Freundschaft und die eigne Seele. Bei einer treuen, echten Freundschaft liegt es an jedem, sich so viel Licht wie nur immer möglich durch das ganze Leben hindurch leuchten zu lassen. Aufrichtigkeit und Selbstlosigkeit auf der einen, unbedingtes Vertrauen auf der anderen Seite — das sind die Grundbedingungen einer lebensstarken Freundschaft.

Das Gebot der Stunde.

Der letzte Verleumdungsfeldzug gegen die christlichen Gewerkschaften hat mit einer vollständigen Niederlage für „Eig Berlin“ geendet. Und nicht nur das. Durch diesen Ueberrumpelungsversuch aus dem Hinterhalt seitens der „Berliner“ kam es weiteren Kreisen unseres Volkes erst recht zum Bewußtsein, was die aufblühende christliche Gewerkschaftsbewegung für unser deutsches Volk in seiner Gesamtheit bedeutet. Die „Berliner“ Intriganten und Verleumder wählten sich schon am Ziele; durch ihren letzten Hauptschlag glaubten sie die christliche Gewerkschaftsbewegung zertrümmert, glaubten sie das Erbe des erfolgreichen Gegners antreten und damit den Zusammenbruch der eigenen „Bewegung“ verhüten zu können.

Am Ziele glaubte sich auch die Sozialdemokratie. Während der „Berliner“ Generalsekretär Lis. Journelle nach der Bekannngabe der angeblichen „päpstlichen Ansprache“ — die aber in Wirklichkeit von den Freunden der „Berliner“ selbst verfaßt war — sich so „tief ergreifen“ gab, daß seine Kräfte wahrlich nicht imstande seien, all das zum Ausdruck zu bringen, was an Dank im Herzen der „Berliner“ lebte, überschlug sich die sozialdemokratische Presse vor eitel Jubel und Freude. Sie machte aus ihrem Herzen gar keine Mördergrube und verkündete: „Rom hat gesprochen, der Streit ist erledigt. Ueber die Christen ist damit das Todesurteil gefällt. ... im Lager der christlichen Gewerkschaften herrscht Verwirrung und Auflösung.“ Die ausschweifende Phantasie der Pressegenossen jah die verhassten christlichen Gewerkschaftsführer schon hochswangig und mit schlotternden Knien herumstürzen, und sie waren des Lobes voll für die „Konsequenz“ der „Berliner“, die ihnen diesen Dienst erwiesen. ~~Und, mit einem Schläge war der Spine Spun zu Ende.~~

Im Lager der christlichen Gewerkschaften war man von Verwirrung und Auflösung weiter entfernt denn je. Der Vorstand des Gesamtverbandes erließ eine Erklärung, ein entschlossener Protest gegen die verleumderischen Treiber der „Berliner“, eine unzweideutige Willenskundgebung: „Wir bleiben was wir sind, in der festen Ueberzeugung von der Berechtigung und der Notwendigkeit unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Mit der gleichen Deutlichkeit wandten sich auch die größeren Verbände mit öffentlichen Erklärungen gegen das skandalöse Treiben der „Berliner“. Und was „Eig Berlin“ wohl nicht in Rechnung gestellt, ward zur Tatsache. Fast die gesamte katholische Presse stellte sich auf die Seite der verleumdeten und verletzten christlichen Gewerkschaften. Mit stets steigendem Unwillen hatten die deutschen Katholiken in den letzten Jahren die Machinationen der Reherrieher um „Eig Berlin“ bemerkt. Nach anfänglichen Auseinandersetzungen ließ man die unbelehrbaren Theoretiker auf ihre Art fortspinnisieren und arbeitete weiter in der Erwartung, daß die Leute wenigstens die Erfolge ernstler und ehrlicher sozialer Arbeit respektieren würden. In dieser Erwartung aber sah man sich nach der neuesten Verleumdungsaktion der „Berliner“ schwer enttäuscht. Das Maß des menschlich Erträglichen war überschritten. Schlag auf Schlag fielen nun die Proteste gegen die Verleumder, und von allen Seiten kamen Sympathiekundgebungen für die christlichen Gewerkschaften. Die in dem Kartellverbände zusammengeschlossenen katholischen Arbeitervereine befanden vor aller Öffentlichkeit nach wie vor zur Sache der christlichen Gewerkschaften halten zu wollen. Die geistlichen Leiter der Bezirks- und Diözesanverbände nahmen ebenfalls in entschiedener Weise Stellung gegen das verleumderische Vorgehen des „Berliner“ Verbandes und sandten Protestschreiben an ihre zuständigen Bischöfe. ~~Und nicht nur die zunächst Beteiligten lehnten sich offen auf gegen das unerträgliche Treiben, nein, auch aus der Arbeiterbewegung ferner stehenden bürgerlichen Kreisen kamen die Sympathiekundgebungen für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Nur die bekannten überkatholischen Quertreiberorgane im holden Verein mit Blättern vom Schläge des Berliner Tageblattes und solcher, die offen vor firmieren, wagten es, die „Berliner“ Taten zu verteidigen. Im übrigen sahen wir eine einzige und einmütige Ablehnung und Verurteilung der mehrlichen Wählerarbeit der „Berliner“.~~

Ein unvergleichliches Dokument für unsere Bewegung würde es sein, wenn man alle die Kundgebungen aus den letzten Wochen zusammenstellen wollte. Zeugen diese Stimmen doch davon, welche Wichtigkeit unseren christlichen Gewerkschaften von allen Kreisen beigegeben wird, welche noch wirkliches und ehliches Interesse für eine geistliche Weiterentwicklung unseres gesamten nationalen Lebens bekunden. Verstummt war auf einmal der alte ungerechte Vorwurf, „sie sind schlimmer als die sozialdemokratischen Gewerkschaften!“, verstummt auch die so beliebte Unterstellung, „sie haben den Klassenkampf nur aus ihren Statuten ausgemerzt, um ihn in der Praxis besto ungestörter ausüben zu können“, und wie die sonstigen Redensarten alle lauten. Es waren eben Redereien, mit denen man unbequeme Mahner so gut oder so schlecht es eben ging, vor der öffentlichen Meinung ins Unrecht zu setzen suchte. Inzwischen aber hat die Öffentlichkeit erkannt, daß unsere Bewegung, eben weil sie eine ernsthafte Arbeiterinteressenvertretung auf christlicher und nationaler Grundlage ist, auch der einzig zuverlässige Damm ist, der der heranströmenden roten Flut Einhalt gebietet. Und diese Erkenntnis von dem hohen Werte und der Notwendigkeit unserer Bewegung für die gesunde Entwicklung unserer nationalen Kultur war es auch, der selbst solche Kreise, die sonst auf unsere wirtschaftlichen Forderungen nicht gut zu sprechen sind, diesen Gegensatz vergessen ließ. Die Gefährdung der christlichen Gewerkschaftsbewegung empfanden sie eben als Gefährdung der nationalen Zukunftsentwicklung unseres Vaterlandes.

Noch eins ist für uns von Wichtigkeit. In den Stimmen, die da vor aller Öffentlichkeit für unsere Bewegung Partei ergreifen, klang nicht selten ein Unterton durch: so etwas wie eine öffentliche Rüge an die Tausende christlicher Arbeiter, die noch heute Augen und Ohren vor der Notwendigkeit ihres Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften verschließen. Auf solche Weise gestalten sich tatsächlich die Erörterungen der letzten Wochen zu einer Agitation für unsere Bewegung. Alle ernst zu nehmenden Organe der öffentlichen Meinung traten da rücksichtslos für unsere Sache auf den Plan. Der Boden wurde so für eine umfangreiche und erfolgversprechende Werbearbeit auf die beste Weise vorbereitet. Brauchen wir da unsere Kollegen noch erst an ihre Pflicht zu erinnern?

Nützen wir die Stunde, um die Tausende, die durch die letzten Vorgänge aus ihrer trägen Beschaulichkeit und Gleichgültigkeit herausgerissen wurden, unserer Bewegung nun als neue Mitstreiter anzugliedern.

Die öffentliche Meinung hat sich mit dem Gedanken der Notwendigkeit einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung auf christlich-nationaler Grundlage abgefunden. Das haben die Erörterungen im Anschluß an den tödlichen Vorstoß der „Berliner“ bewiesen. Alle die Bedenken kleinlicher und kurzfristiger Interessentenkreise gegen die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterkraft, denen man in stillen Zeiten immer und immer wieder begegnet, traten mit einem Schläge zurück. Man war sich bewußt geworden, was auf dem Spiele stand und in diesem Momente gewann die bessere Einsicht über den kleinlichen Interessenegoismus die Oberhand. Unumwunden erkannte man da vor aller Öffentlichkeit an, daß unsere Bewegung doch in erster Linie eine Kulturbewegung ist, deren Arbeit schließlich dem ganzen gesellschaftlichen Leben wieder zugute kommt.

Zu dieser Wendung der Dinge hat auch die Sozialdemokratie — ohne es zu wollen — nach besten Kräften beigetragen. Sie hat in ihrem tolen Jubel über unser vermeintliches „Ende“ ihre Maske zu früh vor aller Welt gelüftet. Deutlicher und ausdringlicher hat sie es noch nie vor der ganzen Öffentlichkeit bekundet, daß sie gerade in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung ihren gefährlichsten Feind und unüberwindlichen Gegner gefunden hat. Was heute ein kurzfristiges Unternehmertum sich als sogenannte „Arbeiterbewegung“ großpöppelt — mag man's nun ehrlich „gelb“ oder mißbräuchlich „national“ oder „vaterländisch“ firmieren — es wird dem Ansturm der Sozialdemokratie und Klassenkämpfer nicht standhalten vermögen. Die Sozialdemokratie weiß aus Erfahrung, daß ihr die in der gelben „Bewegung“ internierten Leute schon von selbst in die Hände laufen werden, wenn sich das „Gängelassen“ durch den Unternehmer ausitzend einem Grunde nicht mehr lohnt. Also nur in der positiv schaffenden, selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung hat die Sozialdemokratie ihren unüberwindlichen Gegner gefunden, den einzigen, der auch in der Lage ist, sie von Position zu Position zurückzudrängen. In dieser Tatsache allein finden wir auch die Erklärung dafür, daß die Genossen heute so possierlich in stilllicher Entrüstung machen; weil die „Christen“ auf Geheiß der „Berliner“ nicht sofort maugetot gegangen sind. Wahrlich, ein Bild von überwältigender Komik bot in den letzten Tagen die rote Presse. Sie, die sonst jahraus, jahrein in der infamsten Weise gegen Religion, Kirche, Papsttum und Geistlichkeit vom Leber zieht, gebärdet sich jetzt päpstlicher wie der Papst selbst. Ausgerechnet die rote Presse stützt sich berufen, den christlichen Gewerkschaftsführern Katechismusunterricht zu erteilen und den Papst gegen die „christlichen Rebellen“ in Schutz zu nehmen. Man sieht, „Eig Berlin“ hat in den Genossen einen Kampfgefährten gefunden, der seiner würdig ist. Wir gönnen ihm diesen billigen Trost als Entgelt für all die Schläge, die ihm sein letzter unqualifizierbarer Vorstoß gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung eingetragen hat.

So steht denn die Situation zur Stunde für die christlichen Gewerkschaften günstiger denn je. Der Sturm ist abgeschlagen auf der ganzen Linie. Die Hiebe prasselten in den letzten Wochen den „Stürmern“ von allen Seiten so hagelbald auf's Fell, daß ihnen wohl zu weiteren Angriffen aus dem Hinterhalt die Lust vergangen sein dürfte. Die Sympathie für unsere Bewegung in den weitesten Kreisen ist in ungeahnter Weise gewachsen und unsere eigenen Kräfte haben wir in den Kämpfen der letzten Tage erprobt und gestählt. Die Parole für unsere Kollegen allerorts lautet jetzt: „Vorwärts! Nun erst recht an die Arbeit! Drauf und dran!“

Die „Berliner“ Verleumder sind unterlegen!

Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager nahm also einen total anderen Ausgang, wie ihn „Eig Berlin“ vorausberechnet hatte. Sein Haupttrumpf, die angebliche „päpstliche Ansprache“ wurde ihm von maßgebender Stelle als „jeden authentischen Charakters bar“ aus der Hand geschlagen. Es erschienen in der Köln. Volksztg. erst ein Telegramm und darauf eine weitere schriftliche Erklärung des Abitors der römischen Nota, Dr. Heiner, in denen auch das Telegramm an den Frankfurter Kongreß des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine in seiner Tragweite und Wirkung eingeeengt wurde. Der Papst, so hieß es weiter, wolle die christlichen Gewerkschaften nicht verurteilen, wie dies ausdrücklich im „Offiziellen Romano“ vom 24. Januar 1906 erklärt worden sei. ~~Es ist keinerlei Veränderung in seiner (des Papstes) bisherigen Haltung zu den christlichen Gewerkschaften einget~~

reden." Die von den Berlinern in die Welt posante „Ansprache“ habe keinen authentischen Charakter und könne deshalb gar nicht in Frage kommen oder Gegenstand der Diskussion sein. Diese Erklärungen Dr. Schuers wurden dann nachträglich durch den apostolischen Nuntius in München als den Fassungen des Papstes entsprechend befähigt. „St. Verlin“ war also unten durch und konnte sich mit seinem ganzen „Agitationsmaterial“ einfügen lassen. Dazu revolutionäre die gesamte öffentliche Meinung, soweit sie noch auf die Bezeichnung „Ansprache“ Anspruch erhebt, gegen die einfach standhaften verleumdenden Praktiken der „Berliner“ und stellte sich auf die Seite der christlichen Gewerkschaften.

So weit waren die Dinge gekommen, als der Vorstand des Gesamtverbandes am 19. Juni zusammentrat, um sich darüber klar zu machen, ob und welche weiteren Maßnahmen für unsere Bewegung zur Abwehr der „Berliner“ Verleumdungsaktion erforderlich seien. Das Ergebnis der Beratungen ist in folgender

Erklärung

zusammengestellt, welche der Tagespresse zur Veröffentlichung zugeht:

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hatte in seiner heutigen Sitzung zu prüfen, ob zur Erreichung etwaiger neuer Maßnahmen und Vorkehrungen in Sachen des Gewerkschaftsstreites ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress einberufen werden sollte. Die Beratungen führten zu folgendem einstimmigen Beschlusse:

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress erweist sich mit Rücksicht auf den im Herbst ohnehin stattfindenden ordentlichen Kongress im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzungen als nicht notwendig.

Der Verleumdungsflug der katholischen Fachabteilungsbewegung ist auf der ganzen Linie erfolgreich abgeschlagen. Noch nie hat sich die öffentliche Meinung so entschieden und so einmütig für unsere Bewegung eingestellt. Nach den letzten Ereignissen fehlt den Sonderbestrebungen der Fachabteilungen in Deutschland jedweder Resonanzboden. Zu Verhandlungen an den Grundsätzen und der Praxis der christlichen Gewerkschaften liegt keinerlei Veranlassung vor.

Die gesamte christlich-nationale Arbeiterchaft katholischer und evangelischer Konfession steht wie ein Mann fest in der unerlöschlichen Ueberzeugung von der wirtschaftlichen und nationalen Notwendigkeit ihres gemerkschaftlichen Zusammenarbeitens. Die grundsätzlichen Angriffe der Fachabteilungsbewegung gegen den christlichen Gewerkschaftsgedanken erachtet sie in ihren letzten Konsequenzen als Angriffe auf das Wirtschafts- und Verfassungsleben unseres Vaterlandes.

Wir protestieren daher erneut gegen die unablässigen Verleumdungen und Beunruhigungen, wie sie von der bekannten Presse des In- und Auslandes seit Jahren gegen die christlichen Gewerkschaften betrieben werden. Ehrenmänner Art ist es nicht, zu unterstellen, wo die Tatsachen unabweisend liegen. Wir protestieren vor allem gegen die ungleiche Behandlung der Arbeiter im Gegensatz zu allen anderen Ständen.

Gegen unsere Grundsätze und unsere bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit konnten sich haltige und tatsächliche Einwände sittlich-religiöser Art, auch nach dem Zeugnisse berufener Instanzen, nicht hegebracht worden. Die christlichen Gewerkschaften beanspruchen deshalb gleich den Organisationen aller anderen Stände ihre wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit.

München, den 19. Juni 1912.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Wir sind überzeugt, daß unsere gesamte Kollegenchaft sich diesem erneuten Bekenntnis zu treuer Waffenbrüderchaft rühmlich anschließt. Geben wir den Friedensstörern und Quertreibern nun aber auch die einzig wirksame Antwort, indem wir mit verdoppelter Eifer an der weiteren Stärkung und Ausbreitung unserer Bewegung arbeiten.

Die Treiberien gegen die christl. Gewerkschaften sind ungerecht und bedenklich.

Neuerst beachtenswerte und lehrreiche Gedanken über das Thema „Die Katholiken im öffentlichen Leben und die kirchliche Autorität“ veröffentlicht der bekannte badische Politiker Geistl. Rat W. Wacker „anlässlich des Gewerkschaftsstreites“ in Nr. 540 der „Rölnischen Volks-

zeitung“. Von ganz besonderem Interesse für uns ist das, was Geistl. Rat Wacker da unter dem wie oben überschriebenen 4. Teil seiner Darlegungen sagt; es heißt da wörtlich:

Bis vor nicht so langer Zeit ist das Zusammenarbeiten christlichgläubiger Katholiken und Nichtkatholiken im öffentlichen Leben katholischerseits nicht auf Schwierigkeiten gestoßen. Um so schwieriger war es, beim evangelischen Teil der Bevölkerung Anklang zu finden. Je mehr man sich das vergewissern will, desto höher muß man das Verdienst einschätzen, welches katholische Arbeiter und ihre Führer damit sich erworben haben, daß sie in den christlichen Gewerkschaften diesem so wichtigen und durchaus notwendigen Zusammenarbeiten von Katholiken und Nichtkatholiken „eine Gasse bahnten“.

Nach drei Richtungen hin kann man jetzt schon von großen Verdiensten der christlichen Gewerkschaften sprechen, obwohl deren Geschichte nicht von langer Zeit her datiert: ihre Bemühungen um die Förderung der sozialen Arbeiterinteressen; ihre Bemühungen, dem weiteren Umsichgreifen und Erstarken der Sozialdemokratie zu wehren; ihre Bemühungen um das einträchtige Zusammenstreben und Zusammenarbeiten christlicher Männer katholischer und evangelischer Konfession.

Ich will nicht die Frage aufwerfen und erörtern, unter welchem dieser drei Titel sie sich das größere Verdienst erworben haben und das bedeutungsvollere. Bedeutung und Wert der unter dem dritten Titel erworbenen Verdienste wird ohnehin erst in der Zukunft zu erweisen und festzustellen sein, soweit es überhaupt möglich sein wird.

Daß nun aber eben diese christlichen Gewerkschaften seit Jahren bis auf diese Stunde den schwersten Angriffen und Verdächtigungen ausgesetzt sind, ist tief bedauerlich. Daß solche Angriffe und Verdächtigungen nicht bloß von der Sozialdemokratie ausgehen, sondern auch gerade von dem Lager kommen, und noch immer kommen, in welchem sie ganz ausschließlich und mehr als anderwärts auf Anerkennung und Dank stoßen sollten, ist eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung und ein nichts weniger als erfreuliches Kapitel in der Geschichte der „katholischen Bewegung“ in Deutschland.

Und die letzte Aktion der „Berliner Stelle“ ist ein großer Skandal.

Wenn nur zu erzählen wäre, daß die christlichen Gewerkschaften bei ihrem Entzügen auf Widerpruch und Anfeindungen gestoßen sind und erst nach einiger Zeit allgemeine Anerkennung sich zu erringen vermochten, so wäre es verständlich und stände keineswegs vereinzelt in der Geschichte da.

Allein, es will ja kein Ende nehmen. Man schämt sich nicht, der zweifelhaftesten Waisen sich zu bedienen. Man handelt, wie wenn man der erbitterteste und zugleich verschlagenste Feind wäre, während man der beste und aufrichtigste Freund sein und demgemäß handeln sollte.

Daß an diesem überaus häßlichen und unseligen Tun, bei dessen Beurteilung es kaum möglich ist, „mildernde Umstände“ zu entdecken, auch Mitglieder des Klerus beteiligt sind, macht die Sache überaus bitter. Daß auch Träger kirchlicher Autorität in dieses Treiben hineingezerrt wurden, ist die bedenklichste Seite der ganzen traurigen Geschichte.

Welche Eindrücke mögen die jahrelangen Treiberien auf viele Tausende treukatholischer Arbeiter gemacht haben?

Man halte sich doch diese Frage vor Augen und gehe nicht rasch und leicht darüber hinweg! Man denke dabei an all die Umstände, unter welchen diese Tausende von Arbeitern sich als treukatholische gezeigt und bewährt haben! Man stelle sich auch die Frage und gebe Antwort darauf, ob denn solche Treue katholischer Arbeiter nicht ein Teil jenes Besitzes unserer Kirche ist, ohne den sie gar nicht mit Erfolg wirken kann, jenes Besitzes, der die unerlöschliche und deshalb wertvollste Unterlage auch ihrer früheren Stellung in der Welt ist? Man stelle sich die weitere Frage, ob denn mit diesem so wertvollen Besitze unserer Kirche gespielt werden kann oder darf, wie wenn es gleichgültig wäre, ob er erhalten bleibt oder verloren geht?

Hat man sich Rechenschaft zu geben versucht über die Eindrücke auf treukatholische Arbeiter, so überlege man sich die Frage, welche Wirkungen und Folgen zu erwarten oder vielmehr zu fürchten sind?

Glückt jemand von den Widersachern der christlichen Gewerkschaften im katholischen Lager, daß man über betagte Fragen und die Antworten darauf sich einfach hinwegsetzen könne?

Darüber wird es Meinungsverschiedenheit nicht geben, ob die Kirche den schweren Kampf mit der Bismarckschen Gewaltpolitik

hätte bestehen können, wenn nicht Verlaß gewesen wäre auf die Treue und Standhaftigkeit des katholischen Volkes. Was der Klerus vom jüngsten Bistum bis hinauf zum ersten Bischof oder Erzbischof geleistet und erduldet hat, wird in der Geschichte der katholischen Kirche Deutschlands immer eines der schönsten und stolzvollsten Lichtbilder sein. Aber um den Kampf bestehen zu können, an dessen Seite die Kirche glänzigen Ausganges so außerordentlich viel gelitten hat, hätte es — nicht gereicht. Die standhafte Treue und der beharrliche Opfergeist des treukatholischen Volkes mußten erträgend dazu kommen.

Die gegenwärtige Generation steht mitten im Kampfe, der gegen die Sozialdemokraten auszufechten ist. Er hat seinen Höhepunkt noch nicht erreicht.

Uebrig ist zu fürchten, daß seine Bedeutung und Tragweite für Staat und Kirche nicht überall genügend erkannt und gewürdigt wird, wo man unter allen Umständen volles Verständnis dafür haben sollte. Allein dafür wird doch jedermann genügend Verständnis haben und darin wird es Meinungsverschiedenheit nicht geben, daß die energische und freudige Mitarbeit der christlichen, speziell der katholischen Arbeiterchaft so unerlässlich notwendig ist wie in der schweren Kulturkampfzeit die Zuerlässigkeit und standhafte Treue des ganzen katholischen Volkes.

Wenn dem so ist, dann nehmen sich die jahrelangen Treiberien gegen die christlichen Gewerkschaften wie Taten der ausgesprochensten Feinde aus; wie Taten solcher, die zwar nicht offen, aber versteckt, darum aber um so gefährlicher der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten.

Manut man denn in den Kreisen derer, welche für die Treiberien verantwortlich sind, daß die christlich-katholische Arbeiterchaft solches auf die Dauer ertragen kann und ertragen will? Sie hat bisher sehr viel still lassen, ohne zu warnen. Dafür gebührt ihr viel Anerkennung und Dank. Es wäre unwecht und könnte sehr gefährlich werden, ihr noch mehr zuzumuten.

Es ist hohe und höchste Zeit, daß die Befästigung und Beunruhigung endlich aufhöret.

Und je mehr die Gesamtheit treugefintener Katholiken an der Haltung der Arbeiterchaft interessiert ist, desto dringender ist es geboten, den Trägern und Vertretern der unverantwortlichen Treiberien ein energisches Wort zuzurufen, entschlossen, auch mehr zu tun und noch weiter zu gehen, wenn der Ruf nicht beachtet wird.

Wir brauchen und wir wollen endlich Ruhe. Das große Vergerniß muß endlich aufhören! Wir können und dürfen es nicht weiter tragen und dulden. Wir wollen es auch nicht länger unter uns haben.

Das sind offene, ehrliche Worte, die wohl ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Unsere Kollegen erhellen daraus, daß unsere von echtem christlichem Idealismus getragene ehrliche und opferwillige Arbeit von Männern, die im praktischen Leben stehen, voll gewürdigt und verteidigt wird. Das muß uns ein neuer Ansporn zu unablässiger Weiterarbeit für unsere Sache sein.

Zur Generalversammlung.

Die Beitragserhöhung wird im Vordergrund der Beratung auf unserer diesjährigen Generalversammlung stehen. Es ist menschlich begreiflich, daß unsere Kollegen drängen. In Land verschiedener Stellung zu dieser sehr wichtigen Frage nehmen. Unsere Kollegen vom Schwarzwald, Müllhausen i. O. u. a. glauben diese Frage von ihrem lokalen Gesichtspunkte und vom Standpunkte der sogenannten „eigenartigen Verhältnisse“ aus beurteilen zu müssen. Das ist natürlich total falsch; denn das Wohl und Wehe einer zentralen Grundlage aufgestauten Organisation hängt nicht von den Verhältnissen kleiner Bezirke ab, sondern von der Gesamtlage. Wer über die Gesamtsituation objektiv betrachtet, kommt zu dem Entschlusse, daß eine Beitragserhöhung unbedingt notwendig ist, und zwar ohne entsprechende Mehrbelastung der Verbandskassa durch Einführung neuer und Erhöhung bestehender Unterstützungen.

Nicht die jeweilige Lohnhöhe ist für die Frage, ob unzulängliche niedere oder notwendige hohe Beiträge, letzten Endes entscheidend, sondern vor allem das geistige Milieu, in dem sich die Arbeiterchaft bewegt. Das gute Beispiel anderer Organisationen sowie die durch gewerkschaftliche Schulung erlangte Einsicht stärken und beleben die Opferwilligkeit. Hier im Saarrevier ist die Gesamtarbeiterbewegung noch jung; sie ist hier, auf Grund der ganzen sozialen Struktur des Gebietes in der Entwicklung zurückgeblieben. Da hat's mit der Durchführung einer Beitragserhöhung seine Schwierigkeiten: Die soziale und ge-

Heimatliche Arbeiterkurse.

Von Dr. E. Sonnenschein (M.-Glöckbach), Leiter des Sekretariats Sozialer Studentenarbeit.

In einigen Wochen beginnen die mehrmonatlichen Ferien der deutschen Universitätsstudenten. Das bedeutet für uns die Wiederaufnahme der Vorbereitungen auf der ganzen Linie zur Fortsetzung unserer sozialistischen Bestrebungen. Das bedeutet vor allem die Wiederaufnahme der Heimatlichen Arbeiterkurse in Stadt und Dorf. In diesem Blatte ist bereits einiges gesagt worden. Es sei jedoch gestattet, das Notwendige zu wiederholen, damit volle Klarheit geschaffen und in noch weit größerem Umfange als bisher das Vertrauen der Leser dieses Blattes zu dem großen Werk, an dessen Anfängen wir erst sicher, gewonnen werde. Es darf keine Zeit der Ermattung und des Pessimismus eingreten. Denn ich nicht nur, ich gerade der gegenwärtige Augenblick, der die christliche Gewerkschaftsbewegung und die konfessionelle Arbeitervereinsbewegung in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit gestellt und zum Gegenstand von Sympathien gemacht hat, die sonst nur intellektuellen Entwicklungen und konfessionellen Geschehnissen zugewandt wurden, für uns günstig. Die Welt der Universitäten hat nie mit größerem Interesse auf unsere Organisationen und unsere Kämpfe hingesehen. Das wollen wir mit umfassender und aufopfernder Tätigkeit ausnützen.

Ich möchte kurz drei Fragen beantworten. 1. Wie ist ein Heimatlicher Arbeiterkurs aufgebaut und wie funktioniert er? 2. Warum sind Heimatliche Arbeiterkurse von so übertragender Wichtigkeit? 3. Was müssen wir tun, um in den nächsten Wochen Heimatliche Arbeiterkurse in der geeigneten Weise vorzubereiten.

I. Das die erste Frage angeht, so ergibt sich die Antwort aus dem Wesen der Heimatlichen Arbeiterkurse. Universitätsstudenten der verschiedensten Fakultäten unterrichten, also kirchliche Rechtsanwältin, kirchliche Gymnasiallehrer, kirchliche Lehrer, kirchliche Richter, kirchliche Fabrikdirektoren, kirchliche Geistliche, kirchliche Journalisten, kirchliche Universitätslehrer. Mitglieder

der handarbeitenden Stände werden unterrichtet, also Mitglieder konfessioneller Arbeitervereine, Mitglieder christlicher Gewerkschaften, Mitglieder von Jünglings- und Gesellenvereinen. Nicht in Betracht kommen jüngere Leute, die noch zur Fortbildungsschule gehen müssen oder können. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer Heimatlicher Arbeiterkurse liegt sogar erheblich hoch. Im allgemeinen beginnt der Zugang am Ende der zwanziger und geht bis über vierzig hinaus. Auch Frauen der handarbeitenden Stände werden zugelassen. Die Arbeiterkurse selbst bezweckt die Wiedereröffnung der Kenntnisse, die uns die Elementarschule vermittelt hat, oder vermitteln sollte und die Erweiterung dieser Kenntnisse. Das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ hat auch bereits Hilfsbücher herausgegeben: 1. Deutsch, 2. Elementares Rechnen, 3. Rheinische Heimatkunde 4. Wetterkunde, 5. Pflanzenkunde, 6. Ange wandtes Rechnen. Die Hilfsbücher kosten 30 Pfg. und werden zur Grundlage des Unterrichts genommen. Der Student unterrichtet nach ihnen. Ein Heimatlicher Arbeiterkurs umfaßt immer mindestens zehn Abende, manchmal dauert er länger, je nachdem man mit dem Hilfsbuch fertig wird. Außer den Gegenständen, für die bereits Hilfsbücher bestehen, kommen auch noch weitere in Betracht. So läßt sich z. B. sehr gut an der Hand der Heiligen der Staatsbürger-Bibliothek des Volksvereins-Verlags der Unterricht in den Kurzen erteilen. Die einzelnen Teilnehmer zahlen für einen vollständigen Kursus im ganzen 50 Pfg. Hierfür wird das Hilfsbuch geliefert. Der Rest dient zur Bekleidung der etwa entstehenden Kosten. Als Lokal empfiehlt sich entweder eine von der Gemeinde oder von der Stadt hierzu zur Verfügung gestellte Schule oder das Vereinslokal irgendeiner Organisation, das an dem betreffenden Abend ohne weitere Verpflichtungen, vor allem ohne jede Alkoholverschüttung zur Verfügung gestellt wird. Gegenstände, die bisher schon in Heimatlichen Arbeiterkursen durchgenommen wurden, waren Rechnen in verschiedenen Stufen, Lesen, Rechtschreibung, Deutsch in verschiedenen Stufen, Lektüre von Schriftstellern und Theaterskizzen, Staatsbürgerkunde, Heimatkunde, Geographie, geschichtliche Zusammenfassung, Botanik, Wetterkunde. Nach Beendigung des Kurses ist ein besonderer Abend einen gemütsamen oder festlichen Charakter zu tragen. Die Teilnehmer mit

ihren Familiennuttliebden einerseits und die Studenten anderseits bleiben einige Stunden zusammen. Es wird das eine oder andere Musikstück dargeboten, es werden kleine Ansprachen gehalten, es wird deklamiert, der Abend trägt den Charakter einer schlichten und herzhafte gemeinsamen Feier mit er höherem Bildungscharakter. Wenn wir das alles zusammenfassend, können wir sagen: Heimatliche Arbeiterkurse sind von Studenten eingerichtete und geleitete Elementar- und Fortbildungsschulen während der Ferienzeit für erwachsene Mitglieder der handarbeitenden Klassen. Wir haben in den Herbstferien des vorigen Jahres bereits an 159 Stellen des Deutschen Reiches solche Schulen in Tätigkeit gesehen. An 159 Stellen haben während der Herbstferien zehn Abende lang 4387 Arbeiter und Arbeiterinnen sich in einem oder mehreren Fächern von fast 300 Universitätsstudierenden unterrichten lassen. Das ist ein durchaus achtenswerter Erfolg gewesen, und es liegt an uns, den Versuch des letzten Jahres nunmehr zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

II. Damit stehen wir vor der zweiten Frage, der Frage der innern Begründung dieser Heimatlichen Arbeiterkurse. Lohnt es sich wirklich der Mühe dafür, sich durchzusetzen? Mander ältere und erfahrene Mann, der diese Zeiten liebt, oder der früher von diesen Kurzen reden hörte, der vielleicht jugendliche Studenten mit dem ganzen Feuer ihrer Jugend sie empfehlen hörte, mag sein Hauptgeschüttelt haben und lächelnd zur Jugend herübergeblüht und gesagt haben: „Das hält auch wieder nur so lange als es neu ist. Wieder ein Sport mehr. Das hat keinen Bestand.“ Du guter, alter Freund, mit deinem lebenswichtigen und abgeklärten Pessimismus. Könntest du nicht einmal wenigstens an die Jugend glauben, die zu dir kommt. Könntest du nicht dieses eine Mal, wo aus der Welt der Wissenschaft, der Klassenvorurteile, der Abstraktheit, der volkre fremden geistigen und finanziellen Aristokratie junge Menschen zu dir kommen, um dir die Hand zu bieten, könntest du nicht dieses eine Mal zu ihnen freundlich sein und versuchen, an sie zu glauben? Ich weiß, daß du früher häufig enttäuscht wurdest und daß du Grund hast, abgeraten abzuwarten, was die jungen Herren, die sich bislang um deine Sache und deinen Verein

werkschaftliche Schulung steht hier erst in den Anfängen und die bahngelenden Bestrebungen stoßen allenthalben auf große Hemmnisse, die erst nach und nach überwunden werden können.

Über können solche Ausnahmeverhältnisse berücksichtigt werden bei der Beurteilung der Beitragsfrage unseres Verbandes, die sich doch im allgemeinen Interesse als dringend notwendig erwiesen hat? Nein! muß da jeder weiterblickende Kollege sagen. Die Vormärtsentwicklung und Existenz des Verbandes kann und darf nicht gehemmt und aufs Spiel gesetzt werden, um der Gebiete willen, in denen nach den gegenwärtigen Verhältnissen keine Teilnahme vorläufig ja doch keine Massen zu holen sind. Hier übertriebene Rücksicht walten lassen, hieße gegen das Interesse unseres Verbandes handeln. Auch wir Mitglieder in den zurückgebliebenen Bezirken haben ein großes Interesse an der inneren und äußeren Erstarbung des Verbandes; denn die Zeit wird auch für uns kommen, wo wir eine starke Organisation dringend notwendig haben, wo die Massen an der Saar erwachen werden und für richtig betrachten, was sie heute noch herdrängen und kritisieren.

Unser Kollege G. in Mülhausen i. E. befürchtet, die Mitglieder in den fortgeschrittenen Bezirken hätten in der Gegenwart einen größeren materiellen Vorteil vom Verband, wie Kollegen im Elsaß und in anderen Gebieten. Daß dies nur scheinbar zutrifft, ist dem Kollegen schon in einer Redaktionsanmerkung treffend gesagt worden. Ich habe mich nun gew. abert, daß solche Gedanken in Mülhausen austauschen konnten. Denn gerade dort haben unsere Kollegen neben hohen Kranken- und sonstigen Unterstützungen auch schon andere, recht schöne materielle Vorteile durch den Verband erzielt. Wenn auch zur Erreichung dieser Vorteile keine kostspieligen Streiks notwendig waren, die Vorteile sind noch da. Doch ich will den Kollegen nur daran erinnern, daß unser eintägiger Streik im Mai 1911 bei der Firma Sch. auch zu einem achtwöchentlichen Streik hätte werden können und dann würde auch Mülhausen 3-4000 Mark Zuschuß notwendig gehabt haben. Man soll sich also nicht in Sicherheit wiegen, denn Streiks und Ausperrungen kommen oft über Nacht und diese Gefahr ist auch für Mülhausen nicht von der Hand zu weisen. Die Gedanken und Vorschläge unseres Kollegen von Mülhausen sind sicher ehrlich gemeint, aber vom gemeinschaftlichen Standpunkte aus nicht zu billigen. Denn es hieße ja den großen Gedanken der Solidarität, durch den unsere Bewegung nur möglich ist, an die Wand drücken, wenn Bezirk gegen Bezirk und Ortsgruppe gegen Ortsgruppe wegen notwendiger Ausgaben für Lohnbewegungen, Unterstützungen, zc. ausgepielt werden sollten.

Eine Beitragserhöhung von 10 Pfg. wird also unsere Generalversammlung bringen. In dieser Frage dürfte auch Einigkeit bestehen. Anders ist es natürlich mit den Reformen unseres Unterstützungswezens. Die vorgeschlagene Militärunterstützung ist gut und liegt vor allem im Interesse unserer jugendlichen Mitglieder, auf die wir ja besonderen Wert legen müssen. Die Militärunterstützung muß so angefaßt werden, daß ein Reiz zur Anmeldung bei der Ortsverwaltung nach den Militärjahren da ist. Unter den veröffentlichten Vorschlägen befinden sich auch einige, in denen die Einführung von Krankenunterstützung in der 3. Beitragsklasse gewünscht wird. Natürlich sind diese Vorschläge mit der größten Vorsicht zu behandeln. Tatsache ist ja, daß für die 3. Beitragsklasse schlecht Kollegen zu gewinnen waren. Der Hauptgrund ist wohl da zu suchen, daß auch die minderbezahlten Arbeiter auf eine Unterstützung im Krankheitsfalle nicht verzichten wollten. Es dürfte aber in Zukunft noch schwieriger sein, in zurückgebliebenen Gebieten schlecht bezahlte Arbeiter für die erhöhten Beiträge von 0,80 M. und 1,10 M. (einschließlich Lokalzuschlag) zu gewinnen. Da aber der Beitrag in der 3. Klasse in Zukunft die Höhe von 0,60 M. (einschließlich Lokalzuschlag) erhält, wird es noch schwieriger sein, für diese Klasse (ohne Krankengeld) die genannten Arbeiter zu gewinnen. Hier muß also etwas geschehen und ich bin der Ansicht, daß es möglich ist, entsprechend dem Antrage Saarbrücken eine Krankenunterstützung in der 3. Beitragsklasse einzuführen. Die Belastung dürfte wohl nicht allzu groß sein. Auf der nächsten Generalversammlung könnte dann vom Zentralvorstand ein Bild darüber gegeben werden, inwiefern diese Unterstützungsart in der Gegenwart und in der Zukunft die Verbandskasse belastet. Reformen zugunsten der Verbandskasse wären dann immer möglich, falls das Ergebnis ungünstig sein sollte. Eine Klaut von der 2. in die 3. Klasse ist so gut wie ausgeschlossen, da der Unterstützungsunterschied doch sehr bedeutend bleibt. Aus demselben Grunde dürfte es auch ausgeschlossen sein, daß Neueintretende in Zukunft in der Mehrzahl der 3. Klasse zufließen. Es muß ja unter allen Umständen der Grundsatz hochgehalten werden, daß die

Mehrzahl der neubeitretenden Mitglieder der 1. und 2. Klasse zugeführt werden; denn je größer die Ansprüche und Opfer sind, desto stabiler wird auch unser Mitgliederbestand sein. Wägen deshalb die Delegierten ernstlich erwägen und dann urteilen.

Die Jahresabrechnung unseres Verbandes pro 1911 hat gezeigt, daß Beiträge und Unterstützungen nicht im rechten Verhältnis zu einander stehen. Die Vermögenszunahme war keine der Mitgliederzunahme entsprechende. Eine Beitragsreform ist deshalb für uns unerlässlich. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat seinen Beitrag von 60 auf 70 Pfg. erhöht; dazu zahlen seine Mitglieder noch 10 bis 20 Pfg. Lokalbeitrag. Hätte der rote Verband diese Erhöhung seiner Einnahmen auf der letzten Generalversammlung nicht durchgedrückt, so hätte er auch im letzten Jahre wieder mit einer Unterbilanz und nicht mit 2 Millionen Ueberschuß abgeschlossen. Und wir? Auch wir können eine Finanzreform nicht von der Hand weisen. 1. Gatten wir im verfloffenen Jahre ein Mehr von über 100.000 Mark an Lohnbewegungskosten und 2. eine stattliche Mitgliederzunahme. Die großen Opfer für die Lohnbewegungen sind sicherlich nicht umsonst gewesen und auch das Wachstum unserer Mitgliederzahl ist hoch erfreulich — aber man darf darüber nicht übersehen, daß die Kopfquote unseres Verbandsvermögens trotz unserer Vermögenszunahme gegen das Vorjahr bedenklich gesunken ist.

Eine Reform unseres Beitragswezens ist also notwendig, darüber sind sich alle Kollegen so ziemlich einig. Nur über das Wie gehen die Meinungen auseinander. Erwünscht wäre es gewesen, wenn die Zentrale das erforderliche statistische Material über Beitrags- und Unterstützungswezen in den verschiedenen Klassen schon so früh hätte veröffentlichten können, daß die Ergebnisse bei den Vorschlägen zur Generalversammlung berücksichtigt werden konnten. Es wäre für die Mitglieder zweifellos interessant zu sehen, inwiefern sich die im Jahre 1908 eingeführten Staffeleiträge bewährt haben. Ich glaube kaum, daß wir mit der 40 Pfg.-Klasse die erhoffte Mitgliederzunahme erzielt haben. Trotzdem müßte sie bestehen bleiben, weil sie uns die Möglichkeit bietet, in Orten mit schlechten Löhnen Eingang zu finden. Sobald sich dann die Verhältnisse in solchen Orten gebessert haben, ist es selbstverständlich Pflicht der Kollegen, dann den obligatorischen Beitrag zu zahlen. Die 90 Pfg.-Klasse soll ebenfalls bestehen bleiben. Die Ansicht des Kollegen in Nr. 16, der der Krankenversicherung in dieser Klasse den Durchschnittsbeitrag von 50 Pfg. zurechnete, teile ich nicht. Ich bitte in diesem Punkte dem Kollegen aus Düsseldorf, der in Nr. 21 zu Wort kam, vollkommen bei. Der Verband dürfte an dieser Klasse keinen Schaden haben, da die Mehrunterstützungen mit dem Mehrbeitrag von 30 Pfg. pro Woche wohl gedeckt werden können.

Es wäre demnach also eine gleichmäßige Erhöhung des Beitrages in allen Klassen angebracht; eine Einschränkung der bestehenden Leistungen dagegen wäre von Nachteil. Ein Kollege aus Düsseldorf schlägt nun eine Beitragserhöhung von 10 Pfg. für alle Klassen vor; ferner möchte er, daß der erhöhte Beitrag dann ganz an die Zentrale abgeliefert werde und keine Erhöhungen der Unterstützungen einträte. Alle Achtung vor einem solchen, von einem hohen Grade von Opferwilligkeit zeugenden Vorschlag — aber seine Durchführung würde doch auf große Hindernisse stoßen. Ich möchte daher einen Mittelweg befürworten und schlage vor: 5 Pfg. Beitragserhöhung in allen Klassen; der Beitrag wird ganz an die Zentrale abgeführt; die Unterstützungen sollen nicht erhöht werden, dagegen übernimmt die Zentrale die Kosten für die Bezirke.

Wenn wir bedenken, daß, wie aus der Abrechnung ersichtlich, ein Viertel der Ortsgruppen keinen und ein weiteres Viertel erst 5 Pfg. Lokalzuschlag erheben, so erscheint mir eine Beitragserhöhung von 10 Pfg. in Verbindung mit der Abführung des ganzen Beitrags an die Zentrale für diese Gruppen eine allzu empfindliche Maßnahme, die zweifellos einen Rückschlag auslösen würde. Unsere Klassenverhältnisse erfordern nun aber kategorisch eine Erhöhung der Beiträge. Meiner Ansicht nach ist es aber nicht minder notwendig, daß wir zu einer Abführung der vollen Wochenbeiträge an die Zentrale kommen, weil wir dadurch diejenigen Ortsgruppen zur Erhebung eines regelmäßigen Lokalbeitrages nötigen, die sich dazu bisher aus Bequemlichkeit oder Mangel an Opferwilligkeit nicht aufschwingen konnten. Die Erhöhung um 5 Pfg. und die Abführung des vollen Beitrages an die Zentrale würden wie auch glatt und ohne Erschütterung unseres Mitgliederbestandes überstehen. Die Ortsgruppen mit Lokalbeitrag (und Lokalkassenbestand) haben Zeit, sich der Neuerung anzupassen — und diejenigen Gruppen die unverständlicherweise 4 Jahre lang ohne Lokalbeitrag fortgewirtschaftet haben, werden endlich einmal genötigt, ihrer Pflicht nachzukommen. Die Durchführung meines Vorschlages würde bei Zugrundelegung unserer jetzigen Mitgliederbestände für die Hauptklasse eine Mehreinnahme von 250- bis 280.000 Mark bedeuten; eine Summe, die wir zur Verstärkung unseres Kampffonds notwendig gebrauchen. Meiner Ansicht nach wäre dann ferner zu erwägen, ob nicht strengere Maßnahmen betr. der in Ziffer 4 unseres Streikreglements vorgesehenen Extrabeiträge erforderlich sind. Ferner sind Mittel und Wege gegen jene zu suchen, die bei Lohnbewegungen zu uns kommen, unsere Kassen ausnützen und dann wieder verschwinden. Meiner Ansicht nach könnten beim Abschluß von Tarifverträgen Bestimmungen geschaffen werden, die den organisierten Kollegen besondere Vorteile sichern. Den Indifferenzismus überwinden wir durch Aufklärung, aber gegen selbständige Elemente sind andere Maßnahmen erforderlich. Man kann doch nicht verlangen, daß ein kleiner Prozentsatz opferwilliger Kollegen stets und ständig für diese Drückberger die Kassen aus dem Feuer holen soll. Dann müssen auch die Ortsverbände bezgl. der Fluktuation mehr nach dem Rechten sehen; man soll nicht ohne weiteres jeden Neuzugeworbenen laufen lassen, sondern ihn halten, ihn zum rechten Gewerkschaftler erziehen.

Die Einführung der Militärunterstützung wäre sehr angebracht. Einerseits wird der Verband durch die Unterstützungen junger Kollegen — abgesehen von der Reiseunterstützung — wohl nicht allzu sehr belastet und andererseits werden junge Kollegen, die vom gewerkschaftlichen Geist noch nicht ganz durchdrungen sind, nach ihrer Dienstzeit eher den Weg zum Verband zurückfinden. Diese Unterstützung ist so eine Art Erinnerung, die gewiß ihren Zweck nicht verfehlen wird.

Zum Schluß noch ein Wort betr. Karenzzeit für die Staatsarbeiter im Krankheitsfalle. Ich will dem Kollegen W. Rüstingen in Nr. 22 nicht ganz beipflichten, möchte aber der Anmerkung der Redaktion ebensowenig Recht geben. Vielleicht ließe sich doch hier die Karenzzeit auf 7 Tage ermäßigen. Auf der einen Seite muß man zugeben, daß die Staatsarbeiter, welche bessere Arbeitsverhältnisse nicht zu erstreben brauchen, den gleichen Beitrag wie die übrigen Kollegen leisten können. Auf der anderen Seite können wir in der gegenwärtigen Zeit

jedoch nicht verlangen, daß sie unter Verzicht auf mehrere Unterstützungsarten (?) denselben Beitrag zahlen sollen. Also ein Entgegenkommen wäre hier nicht unbillig. Wir können unter den Staatsarbeitern besser vordrängen, und könnten sie dann allmählich zu echten Gewerkschaftlern erziehen. Waren wir nicht in früheren Jahren auch so veranlagt? — Erst mit den Jahren sind wir rechte, ideal gestimmte, opferfreudige Gewerkschaftler geworden. Wir wollen natürlich auch die Staatsarbeiter zu solchen erziehen. Aber lernen wir hier von den Gegnern; die fangen zuerst die Massen ein — und wenn sie sie erst einmal haben, so bringen sie ihnen das übrige schon bei. Möge also der Verbandstag den Staatsarbeitern entgegenkommen.

Meine Vorschläge an die Generalversammlung sind also in Kürze die: 1. 5 Pfg. Beitragserhöhung in allen Klassen; 2. Abführung des ganzen Beitrages an die Hauptkasse; 3. keine Erhöhung der Unterstützungen; 4. Uebernahme der Kosten der Bezirke auf die Hauptkasse; 5. Maßnahmen gegen den Mißbrauch unserer Gelder durch selbstthätige Elemente; 6. Mittel zur Eindämmung der Fluktuation; 7. Einführung einer Militärunterstützung; 8. Berücksichtigung der Staatsarbeiter. Besonderen Wert lege ich auf den Punkt, Abführung des ganzen Beitrages an die Hauptkasse. Daß er durchführbar ist, lehrt das Beispiel des christlichen Holzarbeiterverbandes. Den säumigen und nachlässigen Ortsgruppen wird dadurch das Verständnis für die Notwendigkeit der Erhebung eines angemessenen Lokalbeitrages beigebracht. Der Einladungs des Verbandsvorstandes zur regen Diskussion bin ich mit obigen Vorschlägen noch gekommen, habe ich doch als langjähriger Mitarbeiter in unserem Verbands manche Erfahrungen gemacht und daraus zu lernen gesucht. Die Verhältnisse sind zwar nicht überall gleich; dennoch glaube ich mit meinen Vorschlägen die rechte Mitte eingekalkt zu haben. Der Kardinalpunkt ist für mich — und für den Verbandstag ja ebenfalls —: Unsere Verbandskasse muß gestärkt werden. Hoffen wir, daß der Verbandstag das Richtige treffen wird. M. St., Ingolstadt.

Der Staat und die Kartelle.

In den letzten Tagen ist ein Büchlein von W. Wohlmann-Hohenaspe erschienen, das sich mit dem Verhältnis zwischen Staat und Kartell befaßt. Es ist natürlich kein Zufall, daß es gerade jetzt herauskommt — die Abmachungen des preussischen Bergwerks mit dem Kohlenhidat haben in den weitesten Kreisen großes und peinliches Aufsehen erregt. Da dieser Vertrag die Metallindustrie als den stärksten Kohlenkonsumenten wohl interessiert, erscheint es gerechtfertigt, die prinzipielle Haltung des Staates gegenüber den Kartellen etwas näher zu betrachten; das um so mehr, als sie für die gesamte Volkswirtschaft — für Produzenten und Konsumenten — von der größten Bedeutung ist.

Die Kartelle erstreben, wie wir schon in früheren Aufsätzen dargelegt haben, ein Monopol im Wirtschaftsleben für die kartellierten Produkte. Will das Kartell wirksam sein, so muß sein Streben von Erfolg begleitet sein. Das wissen die Kartelle ganz genau und deshalb haben sie den Außenseitern von jeher den Kampf bis aufs Messer erklärt, der bei entsprechender Stärke des Kartells entweder zum Anschluß oder zum Ausscheiden führt. Außenseiter führen muß. Dieses Vorgehen des Kartells ist in seinem Wesen begründet, und kann erst nach Verteidigt werden. Immerhin muß betont werden, daß es tatsächlich zur Aufhebung der Gewerbefreiheit führt. Sobald der Kampf Formen annimmt — und das wird meistens der Fall sein — die aus der Monopolstellung des Kartells resultieren, muß er unbedingt beurteilt werden. Das dürfte dann der Fall sein, wenn mit Mitteln gekämpft wird, die nicht in der Produktion und dem technischen Betrieb überhaupt gelegen sind, sondern lediglich auf der Machterhaltung basieren, welche die volkswirtschaftliche Organisation geschaffen hat. In den Lieferungsbedingungen des Kohlenhidats wird den Käufern von Außenseitern mit Entziehung der Lieferungen durch das Syndikat gedroht. Dieses hat sich nämlich das Recht vorbehalten, von seinen Lieferungsverpflichtungen zurückzutreten, wenn der Käufer bei nicht frondierten Bedingungen kauft. Eine derartige Bestimmung wäre ohne eine Monopolstellung sinnlos. Da sie aber vorhanden ist, läßt sie einen gleichen Zwang auf die Außenseiter als auch auf die Käufer aus. Der Außenseiter ist, wenn er selbst nicht eine außerordentlich leistungsfähige Macht darstellt, gezwungen, dem Syndikat beizutreten, der Käufer, bei ihm zu kaufen, da er eine Entziehung der Syndikatlieferungen, die er mangels leistungsfähiger Außenseiter doch benötigt, nicht riskieren kann.

Unter Hinweis auf den gemeinsamen genossenschaftlichen Gedanken wurden hier in den früheren Artikeln schon die Kartelle mit den Zünften verglichen. Man könnte den Vergleich durch das Verhalten der Kartelle auch auf die Zeit der Entstehung der Zünfte ausdehnen, in der das „zünftlerisch“ erst jenen kleinen und kleinsten Sinn erhalten hat, der ihm heute noch inneohnt. Die Tatsache steht keineswegs vereinzelt da, daß gewisse Werke die Aufnahme in ein Syndikat verweigert oder doch nur unter erschwerten Bedingungen gestattet wurde. Warum? um den Markt nicht ungünstig zu beeinflussen oder — ohne Umstände — um den Syndikatsmitgliedern ihre Abgabebiete nicht zu schmälern. Bei den vielfach bestehenden Exklusivverträgen mit Großabnehmern — also der Verpflichtung dieser, nur bei Angehörigen des Syndikats zu kaufen — bedeutet eine derartige Zurückweisung tatsächlich die Unmöglichkeit, den Gewerbebetrieb auszuüben. Die Gewerbefreiheit ist durch ein privates Monopol aufgehoben!

Unter diesen Verhältnissen können einzelne Unternehmer schwer leiden, in noch höherem Grade aber die Gesamtheit der Konsumenten, denn die müssen die Sache bezahlen. Das tritt sofort in die Erscheinung, wenn wir die mit dem vorigen Punkte in einem gewissen Zusammenhang stehende Preispolitik einer kurzen Würdigung unterziehen. Mag diese auch mitunter — ich erinnere an die berühmten Kampfpreise des Kohlenhidats — der Verdrängung von Außenseitern dienen, in ihrem ganzen Streben ist sie aber doch darauf gerichtet, den Syndikatsmitgliedern eine hohe Rente zu garantieren. Dies ist selbstverständlich nur bei einer gewissen Monopolstellung des Kartells möglich. Das Kohlenhidat, der Stahlwerksverband normieren die Preise einseitig, dazart, daß sie dauernd die möglichst hohe Rente verschaffen. Von besonderer Bedeutung ist die Politik des erstgenannten Syndikats, denn der Kohle als des wichtigsten Rohstoffes kann keine Industrie entbehren. Insofern läßt sie einen bestimmenden Einfluß auf die Preise aller anderen Produkte aus. Kein Mensch wird es einem Kartell verdenken, wenn es einen Preis festsetzt, der dem Unternehmer für einen anständigen Gewinn bürgt. Unbedingt beurteilt muß es aber werden, wenn die durch die Monopolstellung ermöglichte Preisbildung ohne

und dich nicht gekümmert haben, tun werden. Aber ich glaube, wir werden miteinander fertig, wenn ich dir auseinandergelegt habe, unter welchen Gesichtspunkten unsere heimatischen Arbeiterkurse wertvoll sind. Also höre.

Zunächst ist derartige Unterricht für sehr viele Mitglieder unserer Vereine ein wahrer Segen. Er gibt allgemeine Heilsamkeit. Wie viele von uns möchten gerne geistig mitgehen, möchten verstehen, möchten lesen. Wären sie erst Sechszehnjährige, so könnten sie zur Fortbildungsschule gehen. Vielleicht würden sie es mit sechzehn Jahren nicht getan haben, auch wenn solche Schulen gewesen wären. Heute sind sie dreißigjährig und sehnen sich nach Weiterbildung. Der Mensch ist nun einmal so gewachsen, daß er vom Brote und von der Arbeit allein nicht leben kann. Er trägt eine Seele in sich. Wieviel hinterliches, langweiliges Menschennaterial schlappen wir in unseren Vereinen mit uns herum, wieviel Ballast für den Redner, der seine Zuhörer befehrt möchte, für den Organisationsleiter, der eine lebendige Schar von Mitarbeitern sich schaffen möchte. Willkommen jeder Anstoß und jede Anregung der Bildung! Das gibt frisches Blut, das gibt interessierte Köpfe, das gibt Mitdenken und Mitarbeit in der Organisation.

Besonders wichtig ist derartige Weiterbildung für diejenigen, die wir in unseren sonstigen Kursen haben. In konfessionellen Vereinen gibt es apologetische Kurse. Dort in den Gewerkschaftsgruppen gibt es soziale Kurse. Wie viele können da nicht recht folgen, weil sie über die Fremdwörter nicht herüberkommen. Wie vielen ist der Anfang unendlich schwer, weil die Vorbereitungen fehlen. Die Gesellenvereine haben Reden- und Deutschkurse und können dort die Grundlagen erneuern. Die anderen Organisationen haben das nicht. Ich habe früher solche Kurse selbst eingerichtet und kenne das Gland aus eigener Erfahrung. Gätten wir damals ein paar Studenten gehabt, die nebenher den Kursteilnehmern Fremdwörter erklärt, deutsche Etymologie beigebracht, die sie gekehrt hätten, Gesuche zu machen, Berichte zu schreiben, ein Protokoll zu führen, einen rechten Brief aufzusetzen, die ihnen die Unterlagen in der Heimatkunde und in den elementaren staatsbürgerlichen Kenntnissen gegeben hätten, wie dankbar hätten wir diese Hilfe angenommen. (Schluß folgt.)

Jeden Zusammenhang mit der übrigen Industrie, mit der Lage der Volkswirtschaft überhaupt vor sich geht. Es ist hier nicht der Raum, auf alle für und wider, welche gegen die Preispolitik der Kartelle sprechen, einzugehen. Das Nötigste ist schon früher gesagt worden. Hier sollte nur noch einmal die Gefahr besprochen werden, welche nur in der durch die Monopolstellung des Kartells ermöglichten und vielfach auch verstärkten Preispolitik liegt.

Angesichts dieser aus dem Monopol resultierenden Auswirlkungen stellen wir die Frage: Wie stellt sich der Staat zu den Kartellen, was hat er insbesondere getan, um die Konsumenten vor ihrer Uebermacht zu schützen? Die Aufhebung der Gewerbefreiheit, das Aufheben der Konkurrenz und die dadurch ermöglichte Preisbildung ließ manche ein Einschreiten des Staates gegen die Kartelle überhaupt verlangen. Das heißt aber doch das sind mit dem Bilde anerschütten. Denn wenn wir auch die möglichen Nachteile des Kartells klar sehen, so unterschätzen wir ebensowenig seine tatsächlichen Vorteile. Als größte betrachte ich die durch die Kartellbildung ermöglichte Vermeidung oder Einschränkung von Wirtschaftskrisen und die dadurch gegebene Milderung auf die Lage der Arbeiterstände. Ein Aufheben aber ein Verbot der Kartelle wäre aber auch durchaus zwecklos, eine herartige Entwicklung läßt sich nicht verhindern. Der beste Beweis bietet das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen die Trusts. Außer einiger Meinungsäußerung des Kartells ist noch kaum etwas erreicht worden. Das Großkapital wird immer wieder geistlich zulässige Rechtsformen finden, in denen es sich organisieren kann. Kann der Staat aber, so fragen wir mit Schmoller, „dauernd die Hände in den Schoß legen, wenn das vorherrschende Prinzip der herrschenden Wirtschaftsordnung, die freie Bewegung und die freie Konkurrenz, mehr und mehr durch Anordnungen und Organisationen beseitigt wird, auf die er keinen Einfluß hat? ... Er soll mit gebundenen Händen zusehen, wie sich ein System gewerblicher Monopole und zentralistischer Organisationen bildet, die ihm bald an Macht über den Kopf wachsen können, deren Leitung keine sichere Gewähr bietet, daß sie neben den egoistischen Gewinninteressen der Eigentümer die Gesamter Interessen im Auge haben.“ Der Staat hat nach unserer Auffassung die Aufgabe, die persönliche Freiheit des Einzelnen zu wahren, die freie wirtschaftliche Entscheidung ihm zu ermöglichen. Er hat ferner für eine möglichst günstige Verteilung der Einkommen zu sorgen und damit die Voraussetzung zu schaffen für einen befriedigenden kulturellen Zustand. Ein Stand darf auf Kosten der Gesamtheit nach unseren Anschauungen nicht bevorzugt werden.

Das Staatsmonopol ist unter gewissen Umständen berechtigt, volkswirtschaftliche und fiskalische Rücksichten können es kategorisch fordern. Wenn die volkswirtschaftlich beste Versorgung nur durch den Staat geschehen kann, so ist die Voraussetzungen für ein Staatsmonopol gegeben. Ein solches kann auch aus steuerlichen Gründen gerechtfertigt sein, wenn unsere Zeit auch für diese Monopole nicht viel übrig hat. Privatmonopole — rechtliche oder auch tatsächlich ohne besonderes Gesetz bestehende — können aus volkswirtschaftlichen Gründen ebenfalls gerechtfertigt erscheinen, wenn der Staat ein gewisses Aufsichtsrecht hat, insbesondere dafür sorgt, daß Wünsche der oben besprochenen Art nach Möglichkeit ausgeschlossen sind, mit anderen Worten, daß „neben den egoistischen Gewinninteressen der Eigentümer“ auch die Gesamter Interessen einbezogen werden. Um Mißverständnissen im folgenden vorzubeugen, muß gesagt werden, daß Kartelle natürlich nicht absolute Monopole darstellen, sondern nur eine gewisse Monopolstellung einnehmen, die durch die Konkurrenz vom Ausland und die Außenwelt im Inland bis zu einem gewissen Grade durchbrochen werden kann.

Die Stellung, die der Staat zu den Kartellen einnimmt, ist schlaglichtartig durch seinen Vertrag mit dem Kohlenyndikat beleuchtet worden. In diesem verpflichtet er sich, die Ruhrkohlen nach den vom Syndikat normierten Preisen zu verkaufen. Damit hat das Syndikat den größten und gefährlichsten Außenfeind für sich gewonnen. Die Folgen des Vertrages sind bekannt: die Preise der Syndikatprodukte wurden sofort nicht unbeträchtlich erhöht. Wenn in dem Vertrag gefordert wird, daß der Staat bei nicht zureichender Preisnormierung das Rücktrittsrecht habe, so erhält diese Bestimmung einen besonderen Reiz angesichts der erwähnten Preiserschöpfung! Es ist eine bekannte Tatsache, daß die staatlichen Gruben mit den in privaten Händen befindlichen verglichen nicht besonders gut rentieren. Da liegt der Gedanke nahe, daß das vermeintliche fiskalische Interesse im Vordergrund gefanden hat. Der ganze Vertrag sieht zum mindesten nicht so aus, als ob Fremden gewillt wäre, — und die Verhältnisse bestärken diesen Eindruck — die Preispolitik der Syndikate in die volkswirtschaftlich besten Bahnen zu lenken. Nicht nur Preußen, auch das Deutsche Reich, dessen Sache eigentlich die Regelung der ganzen Materie ist, weil Preußen als Kohlenproduzent doch allzusehr interessiert sein dürfte, hat sich mit der Syndikatsfrage schon beschäftigt. Das Kalisyndikat ist sein eigentliches Werk. Man ist nicht zu leugnen, daß das Kaligesetz eine ungewollte rasche Vermehrung der Gruben herbeigeführt hat, daß zeitweilige Spekulationsgewinne realisiert worden sind, der Grubengedanke aber ist in der durchaus gesunder: Normierung der Preise durch eine staatliche Behörde, Verbot des Kalisyndikats ins Ausland als nach dem Inland, Regelung der Arbeitslöhne u. a. m.

Das Reich ist hier in seiner Regelung ziemlich weit gegangen. Ein noch weiterer Schritt gegen die Syndikate wäre die von manchen geordnete Verstaatlichung der Betriebe. Diese würde sich von vornherein höchstens auf die Kohlenförderung und den Kalksteinbau erstrecken. Denn der Staat wäre nicht in der Lage, andere industrielle Werke gehörig zu leiten — die Schwierigkeiten sind zu groß. Ueber die Verstaatlichung des Bergbaues läßt sich reden, wenn das finanzielle Erfordernis nicht fast unüberwindlich wäre. Wenn vielleicht auch manche nationale und volkswirtschaftliche Gründe z. B. für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues sprachen, so ist doch zu bedenken, daß auch ohne die etwa nötigen gewaltigen Mittel der gewollte Zweck erreicht werden kann. Bemerkenswert ist, daß wir wohl kaum billigere Kohlen hätten, wenn der Staat der alleinige Produzent wäre; das Gegenteil dürfte eher der Fall sein. Die Verstaatlichung können wir als empfehlenswertes Mittel gegen die Auswirlkungen der Kartelle ebensowenig anerkennen wie deren Aufhebung.

Unsere Gerichte haben bisher größtenteils verurteilt, wenn es sich darum handelt, einen vom Kartell Zurücktreten kein Recht werden zu lassen — die größte Schuld hieran trägt wohl das Fehlen gesetzlicher, ohne Zwang anwendbarer Vorschriften für den Fall der Verhinderung einer Gewerbeausübung. Mit dem Begriff „gegen die guten Sitten“ läßt sich auf die Dauer nicht operieren, da seine Auslegung beim jeweils vorliegenden Fall doch zu sehr von dem persönlichen Ermessen des jeweiligen Richters abhängig ist.

Um gegen eine der Gesamtheit schädliche Preispolitik vorzugehen, hat der Staat zwei Mittel: Er kann eine Behörde bestimmen, welche die Preise regelt — so wie es im Kaligesetz geschehen ist, oder er kann durch seine Wirtschaftspolitik eine Verringerung der Preise bewirken. Die Preisregulierung könnte sich natürlich nicht auf alle kartellierten Produkte erstrecken. Doch müßte der wichtigste Rohstoff — Kohle — unbedingt von ihr betroffen werden. Das Kaligesetz bestimmt, daß die Höchstpreise vom Bundesrat bestimmt werden und zwar nach Anhörung von Vertretern der Kalkwerkbesitzer und der Verbraucher, daß ferner eine Erhöhung der Preise der Zustimmung des Reichstages bedarf. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob die Festsetzung der Preise durch den Bundesrat die ideale Lösung war, oder ob es nicht besser gewesen wäre, diese Funktion einer aus gewählten Vertretern der Produzenten und Konsumenten bestehenden Körperschaft zu übertragen, die der endgültigen Zustimmung des Bundesrats bedarf. Jedenfalls ist einer einseitigen Rentenpolitik ein Riegel vorgeschoben. Es ist kein Grund abzusehen, warum die Preisregulierung nicht auch auf den wichtigsten Rohstoff — die Kohle — ausgedehnt werden soll. Man hat nun vielfach für den Staat (in diesem Falle könnte nur der einzelne Bundesstaat in Betracht kommen) das Vetorecht gefordert, d. h. das Recht, eine geplante Preiserschöpfung zu verhindern. An einer solchen hat der Einzelstaat aber als — um bei der Kohle zu bleiben — Besitzer von Beinen ein zu großes Interesse, als daß diese Frage damit zur Zufriedenheit gelöst werden könnte. Auf die vielen Fragen, die sich bezgl. der genauen Regelung noch aufbringen, einzugehen, fehlt hier der Raum. Nur das sei angebetet, daß Kartellierung, Verpflichtung zur Förderung und Lieferungsverpflichtung noch geregelt werden müßte.

Für die übrigen Produkte unserer Industrie könnte man vorerst von einer obrigkeitlichen Preisnormierung absehen — hier würde ein Ab- und Zugesen von unserer Zollpolitik den gewünschten Zweck erreichen.

Bis jetzt hat die Reichsregierung noch nichts getan, um die brennenden Fragen, die unsere Volkswirtschaft hinsichtlich der Kartelle bewegen, zu lösen. Das erste, was getan werden müßte und trotz der großen sonstigen Schwierigkeiten schon längst hätte getan werden können, wäre die Errichtung eines Kartellamtes. Seine Aufgabe wäre es, Material über die bestehenden Kartelle zu sammeln, den gesetzgebenden Faktoren als Beratungsstelle zu dienen, sich gutachtlich über die Preispolitik der einzelnen Kartelle zu äußern u. dergl. mehr. Die Kartelle haben bei uns eine Macht erlangt, wie kaum eine im Lande; sie bieten neben großen Vorteilen doch auch große Gefahren; es liegt an unsern gesetzgebenden Körperschaften, diesen vorzubeugen. Gewaltig werden die Schwierigkeiten sein, die einer Regelung entgegenstehen, aber sie dürfen kein Grund sein, die Materie nicht in Angriff zu nehmen. Die Konsumenten und unter ihnen zuletzt die Arbeiter haben ein Recht darauf, daß dies geschieht, denn sie werden am meisten durch die Herrschaft der Kartelle bedrückt.

Zur Neuordnung der Krankentassen.

Nachdem seit dem 1. Januar die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung in Kraft getreten ist, hat sich das Interesse an den an der Durchführung der R.-V.-D. interessierten Kreisen zunächst der Frage der Neuordnung des Krankentassenwesens zugewandt. Noch ist nicht bekannt, wann die Durchführung von der Regierung angeordnet wird; als Termin wird der erste Juli 1913 genannt. Inzwischen ist unter den Versicherungs-Gelehrten und Technikern der Streit entbrannt über die richtige Auslegung des zweiten Buches der R.-V.-D. Wir wollen uns in diesen Streit nicht einmischen, sondern nur herausstellen, was ist, um den Funktionären und den Vertrauensleuten im Lande einige Richtlinien und damit zugleich Antwort auf die mancherlei hierauf bezüglichen Fragen zu geben. Wir halten uns, soweit nötig, an den Wortlaut des Gesetzes.

Dieses kennt in Zukunft nur noch Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landkrankentassen. Die letzteren sind eine Neuerung. Die bisherige Gemeindekrankenversicherung fällt in Zukunft fort. Durch kaiserliche Verordnung wird der Tag bestimmt, bis an welchem die Gemeindekrankenentassen geschlossen sein müssen. Die Landkrankentassen können als Ersatz für die Gemeindekrankenentassen angesehen werden.

Anstelle der bisherigen gemeinsamen Ortskrankentassen treten in Zukunft die allgemeinen Ortskrankentassen. Ueber beide Tassenarten bestimmt der § 228 der R.-V.-D., „daß sie für örtliche Bezirke errichtet werden,“ also für den Bezirk eines Versicherungsamtes, das ist der Bezirk einer oder mehrerer Verwaltungsbehörden.

Die Frage, inwieweit eine Verschmelzung der verschiedenen an einem Ort bestehenden Tassen vor sich gehen wird oder muß, ist vorläufig noch strittig. In solchen Städten z. B., wo durch Eingemeindung mehrere gemeinsame D.-R.-R. bestehen, neigt ein Teil der Interessenten zu der Ansicht, daß alle diese Tassen zu einer allgemeinen Ortskasse vereinigt werden müßten, während der andere Teil der Ansicht ist, daß diese Tassen auf Grund des § 231 ff. der R.-V.-D. als besondere Ortskrankentassen fortbestehen können, sofern sie mindestens 250 Mitglieder haben. Dieser Ansicht schließen sich namhafte Versicherungsbeamte und Regierungsbeamte an. Sollte sich diese Ansicht als die richtige erweisen, dann würde die Zentralisation nicht so an Ausdehnung gewinnen, wie sie manchen Kreisen erwünscht ersähen. Man wird in dieser Frage die Entscheidung der maßgebenden Stellen abwarten müssen.

Der Ausdruck „Land“-Krankentassen ermöglicht in Bezug auf den Kreis der Versicherten und den Bezirk der Errichtung einen Trugschluß insofern, als er die Annahme zuläßt, daß die Tassen nur für ländliche Bezirke und Landarbeiter in Frage kommen. Dem ist nicht so, denn § 235 der R.-V.-D. sagt: „Mitglieder sind die in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Diensthöten, die im Wandergewerbe Beschäftigten sowie die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten.“ Da, wo mindestens 250 Personen als Mitglieder in Frage kommen, kann auch in städtischen Bezirken ein Landkrankentasse er-

richtet werden. (§ 228 R.-V.-D.) Jedoch kann nach § 229 die Errichtung unterbleiben, wo der Beschlusausschuß des Versicherungsamtes nach Anhören beteiligter Arbeitgeber und Arbeiter das Bedürfnis verneint. Von der Errichtung einer Ortskrankentasse, neben einer Landkrankentasse kann mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde abgesehen werden, wenn die Ortskrankentasse nicht mindestens 250 Pflichtmitglieder haben würde. (§ 230). Der Errichtung dieser Tassen erfolgt auf Beschluß der Vertreter des Gemeindeverbandes, also der Stadtverordnetenversammlung, des Gemeinderats oder des Preisstages.

Die Landkrankentassen müssen gegenüber den Ortskrankentassen als minderwertig bezeichnet werden. Auch die R.-V.-D.-Kommission war sich dessen bewußt und nur die Rücksicht auf die anders gearteten landwirtschaftlichen Betriebe führte zur Annahme dieser Landkrankentassen. Die Minderwertigkeit besteht in den geringeren Leistungen und dem Fehlen der Selbstverwaltung. Es ist indessen nicht notwendig, daß die Leistungen geringere sind, sie können vielmehr denen der Ortskrankentassen gleichwertig sein. Die Höhe der Leistungen wird bei der Errichtung der Tasse von den Vertretern des Gemeindeverbandes im Statut festgelegt. Sind diese Vertreter sozial fortgeschritten, dann werden sie die Leistungen über das im Gesetz vorgeschriebene Minimum hinaus ausdehnen. Geschieht das nicht, dann hat es der Vorstand der Tasse in der Hand, die Leistungen durch Vorstandsbeschlus zu erhöhen, bezw. zu verbessern. Danach scheint bei diesen Tassen alles in schönster Ordnung. In der Praxis dürfte sich die Sache aber in den meisten Fällen anders gestalten. Der Vorstand der Landkrankentassen wird nämlich nicht, wie bei den Ortskrankentassen, vom Ausschus, der Generalversammlung, gewählt, sondern von der Vertretung des Gemeindeverbandes. Ist nun diese Vertretung sozial fortgeschritten, so wird sie zu Vorstandsmitgliedern sozialpolitisch aufgeklärte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wählen. Solche Tassen werden ihrer Aufgabe gerecht werden. Trifft die oben angenommene Voraussetzung für die Gemeindevertretung nicht zu und werden bei Errichtung der Tassen im Statut nur die im Gesetz vorgesehenen Mindestleistungen festgelegt, dann wird eine solche Gemeindevertretung der Tasse auch einen Vorstand geben, von dem Verbesserungen nicht zu erhoffen sind. In diesen Umständen liegt die Minderwertigkeit der Landkrankentassen begründet. Man wird also die Landkrankentassen nicht generell verwerfen dürfen, sondern die Stellungnahme wird sich nach den jeweiligen Umständen richten müssen. Württemberg und Baden hat von dem § 227 der R.-V.-D. Gebrauch gemacht, nach welchem „die Landesgesetzgebung für das Gebiet oder die Gebietsteile des Bundesstaats bestimmen kann, daß keine Landkrankentassen neben den allgemeinen Ortskrankentassen errichtet werden.“ Preußen hat zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß hier ein allgemeiner Ausschluß der Landkrankentassen nicht stattfinden wird.

Betriebskrankentassen können in Zukunft nur noch in solchen Betrieben errichtet werden, die auf die Dauer mindestens 150 (bisher 50) Versicherungspflichtige beschäftigen. Wo bereits bestehende Betriebskrankentassen weiter bestehen wollen, müssen sie mindestens 100 Mitglieder haben. Für Landwirtschafts- und Winenschiffahrtbetriebe können Krankentassen errichtet werden, wenn sie dauernd mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigen. Es ist zu begrüßen, daß die kleinen Tassengebilde verschwinden, in denen die Versicherten zwar nach dem Gesetz dieselben Rechte haben wie in den anderen Tassen, aber in Wirklichkeit meist nur einen sehr geringen Einfluß ausüben auf die Ausgestaltung dieser Tassen.

Das letztere trifft in noch höherem Maße zu auf die Innungskrankentassen. Ihr Fortbestehen ist von der Gleichwertigkeit der Leistungen, mit denen der am Orte maßgebenden Ortskrankentasse abhängig. Dadurch wird die Lebensfähigkeit vieler dieser Tassen unterbunden und nicht zum Nachteil für die Arbeiterschaft.

Besondere Aufgaben für die christlich-nationale Arbeiterschaft sind vorläufig noch nicht vorhanden. Das Hauptaugenmerk ist zunächst zu richten auf den Ausbau der zur Durchführung der Wahlen in Frage kommenden Organisationen, die Orts- und Bezirkskartelle und die Ausschüsse für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten. Das Generalsekretariat des Gesamtverbandes verfolgt die ganze Angelegenheit und wird bei notwendigen Aktionen durch Rundschreiben an die Funktionäre der Bewegung herantreten und für diesen Fall heißt es: „Bereit sein ist alles“.

Das Sterben an Tuberkulose.

Nach den neuesten Medizinalstatistischen Mitteilungen aus dem kaiserlichen Gesundheitsamt über die Sterbefälle im Reich 1908 und über die Todesursachen sind in diesem Jahre im ganzen gestorben 1135341 Personen, davon 544803 weibliche, 590256 männliche Personen. Es sind also 45453 männliche Personen mehr gestorben als weibliche.

An Tuberkulose der Lungen starben 95402 Personen, also fast der zehnte Teil der Verstorbenen (genau 8,4%). Gegen das Jahr 1907 ist allerdings eine Abnahme von 2,2%, im ganzen von 2153 Personen zu verzeichnen. Dagegen stieg die Zahl der durch andere Formen der Tuberkulose als Lungentuberkulose veranlaßten Sterbefälle um 0,4% von 15135 auf 15200 und die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose anderer Organe als der Lungen von 15774 auf 15791 also um 0,12%.

An Tuberkulose sind nach den Sterbelisten 4978 Kinder des ersten Lebensjahres gestorben. An Lungentuberkulose sind im Jahre 1908 insgesamt 20582 Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren gestorben. An der Tuberkulose starben 14068 Kinder in diesem Alter, das ist mehr als der 10. Teil aller aus bekannter Ursache Gestorbenen. Auch unter den Kindern im Alter von 15 bis 30

Jahren hat die Tuberkulose stark aufgeräumt. Es starben während des Jahres 1908 daran 45,1 von je 100 aus bekannten Ursachen Gestorbene; absolut waren es 14888 männliche, 17320 weibliche Personen, die der Tuberkulose erlagen. Die meisten Sterbefälle männlicher Personen, 232 auf je 100 000 Lebende, hatte Bremen; dann folgt Lippe, sodann das linksrheinische Bayern mit 223 Sterbefällen. Von den weiblichen Personen sind an Tuberkulose gestorben in Hohenzollern 427, in Baden 332, im linksrheinischen Bayern 303 und in Elsaß-Lothringen 292 auf je 100 000 Lebende.

Diese Ziffern zeigen, daß die Tuberkulose in erster Linie eine Kinderkrankheit ist. Wie heute so ziemlich allgemein bekannt sein wird, ist die Lungentuberkulose übertragbar. Eine Mutter oder ein Vater, die an Tuberkulose leiden, können ihre Kinder leicht anstecken. Die Übertragung der Krankheit kann nur durch peinlichste Reinlichkeit verhindert werden. Insbesondere muß mit dem Auswurf vorsichtig umgegangen, dieser in Flaschen oder Napfen aufgefangen und dann vernichtet werden. In einer Wohnung, in der ein Kranker seinen Auswurf um sich verbreitet, sind vorhandene kleine Kinder direkt gefährdet. Sie kriechen auf dem Fußboden herum, kratzen Staub und Schmutz auf, der dann an den Fingern haften bleibt. Bei der Gewohnheit kleiner Kinder, ihre Finger recht oft in den Mund zu bringen, vollzieht sich dann die Ansteckung. Insbesondere lungenkranke Eltern müssen auf ihre Kinder recht acht haben und ihnen besondere Fürsorge angedeihen lassen.

Reinlichkeit in Haus und Hof, am Körper, in der Wäsche und Kleidung ist das beste Mittel zur Verhütung von Krankheiten. In seinem Vortrag, gelegentlich der Tuberkulose-Ausstellung in Berlin-Wilmersdorf sagte Prof. Dr. Richter: „Wenn zwei Menschen die gleiche Zahnbürste, das gleiche Handtuch, das gleiche Taschentuch gebrauchen, aus der gleichen Tasse trinken, muß die Jugend als unzulässig erachtet werden, weil es ein Weg ist, um Krankheitskeime zu verbreiten.“

Nicht zu weit vorgeschrittene Lungentuberkulose ist heilbar, und zwar durch eine einfache diätetische Methode in den Lungengeheilstätten. Frische Luft und starke Nahrungsaufnahme wirken oft Wunder. Die Kranken, die der Alters- und Invalidenversicherung unterliegen, können in den Lungengeheilstätten der Versicherungsanstalten untergebracht und geheilt werden.

Merkwürdiger Weise gibt es heute noch Leute, die sich im Krankheitsfalle scheuen, in einer solchen Heilstätte sich ärztlich behandeln zu lassen. Ganz falsche Anschauungen sind da ausschlaggebend. Die Lungengeheilstätten haben schon vielen gegen Gift und mancher, der als Todeskandidat die Heilstätte betrat, hat sie nach wenigen Monaten nur gesund wieder verlassen.

Viel zu wenig wird auch berichtet, daß die Tuberkulose eine Wohnungskrankheit ist. Das Zusammendrängen vieler Personen in einer kleinen Wohnung ist Krankheiten förderlich. Stabsarzt Dr. med. Wegel-Berlin hat in seinem Vortrag auf der hier schon einmal genannten Tuberkuloseausstellung betont: „Die Wohnungsfrage ist zurzeit die wichtigste in der Bekämpfung der Tuberkulose.“ Die Wohnungen sollten gut gereinigt und häufig gelüftet werden, um die verbrauchte Luft aus dem Zimmer fortzuführen und reine Luft dafür reinzulassen. Nach Möglichkeit soll jeder Bewohner sein eigenes Bett haben, vor allem aber Schwindelkranke, die niemals mit anderen zusammenschlafen dürfen in einem Bett, sondern möglichst in einem besonderen Schlafraum. Es sollte fernerhin niemand in eine Wohnung ziehen, von der er weiß, daß dort ein Schwindelkranke gewohnt hat oder gestorben ist, ohne daß vorher desinfiziert worden ist. Gesundes Wohnen kostet allerdings Geld. Ungesundes Wohnen aber die Gesundheit, die häufig das einzige Kapital ist, das die Arbeiter besitzen. Und doch, wie gleichgültig stehen noch so viele der Wohnungsfrage gegenüber! Das wird anders werden, wenn die christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine hier ununterbrochen aufklärend wirken und auch die öffentliche Meinung beeinflussen. Alle Beteiligten müssen die verhältnismäßig geringe Zahl von Hygienikern und Sozialpolitikern unterstützen, in dem Bestreben, auf dem Gebiete des Wohnungswesens bessere Zustände zu schaffen, um so auch der Tuberkulose Abbruch zu tun. S. P.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Das „Zentralblatt“ veröffentlicht in seiner Nr. 13 die nachstehend wiedergegebene

Einladung.

Gemäß den Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes beruft der unterzeichnete Ausschuß den VIII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für den 6. Oktober und die folgenden Tage nach Dresden ein. Tagungsort wird noch bekannt gegeben.

Tagungsordnung:

1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften
 - a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart;
 - b) zu den neuern Auseinandersetzungen über Wirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik.
3. Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.
4. Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortsstellen in den christlichen Gewerkschaften.
5. Das Arbeitsrecht.
6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge.
7. Das Schieds- und Einigungsweesen.
8. Die Wohnungsfrage.
9. Erledigung von Anträgen.

Zur Besichtigung des Kongresses durch Delegierte werden alle dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände aufgefordert. Anmeldungen sind bei dem Generalsekretariat zu bewirken. Anträge können gestellt werden von den Vorständen oder Generalversammlungen der einzelnen Verbände, deren Zahlstellen und den Ortsstellen der christlichen Gewerkschaften. Die Anträge sind bis spätestens 3. September bei dem Generalsekretariat einzureichen.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter

war im vergangenen Jahre mit 4674 Mitgliedern in 149 Lohnbewegungen verwickelt. Davon konnten 89 Bewegungen (mit 3134 beteiligten Mitgliedern) auf friedlichem Wege erledigt werden. In 52 Fällen kam es zum Streik und in 8 Fällen zur Aussperrung. Von den 149 Lohnbewegungen endeten 119 mit einem vollen und 29 mit einem teilweisen

Erfolg, in 8 Fällen war kein Erfolg zu verzeichnen. Soweit sich die durch die Tätigkeit des Verbandes errungenen Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen zahlenmäßig feststellen lassen, wurden für 4185 Mitglieder Lohnsteigerungen von 0,80 Mk. bis zu 4,80 Mk. pro Woche erzielt; Arbeitszeitverkürzungen für 2813 Mitglieder von 1/2 bis zu 6 Stunden pro Woche. Von den 149 Lohnbewegungen des letzten Jahres endeten 83 mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. Der Holzarbeiterverband war am Jahresabschluss insgesamt 195 Tarifen beteiligt. Davon sind 10148 Mitglieder oder 61 v. H. erfasst, gegenüber 57,6 v. H. im Jahre vorher.

Wie „Sitz Berlin“ die Arbeiterfrage löst.

„Sitz Berlin“ will durch seine „beruflichen Fachabteilungen“ bekanntlich die Gewerkschaften ersetzen. Alle 14 Tage widmet das Berliner Organ, „Der Arbeiter“, 2 Seiten unter dem Titel: „Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)“ diesen Gebilden. Der Inhalt dieses Fachabteilungsorgans erschöpft sich meist in Tendenzartikeln, in denen nach bekannter Methode die „Streikgewerkschaften“ und deren Arbeit verdächtigt werden. Die zuletzt erschienene Nr. 12 dieses offiziellen Fachabteilungsorgans magt sich ausnahmsweise auch einmal an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller heran. Wir lesen da wörtlich:

„Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat durch die Revision seiner Statuten seinen ausgeprägten Kampfscharakter gezeigt. § 1a besagt, der Verband habe den Zweck, unbeschränkten Bestrebungen der Arbeiter entgegenzutreten. Die Metallindustriellen bekämpfen aus schärfster folgende Forderungen der Metallarbeiter: 1. Volle oder teilweise Freigabe eines Werttages zur Matzeier. 2. Die Forderung auf Abschluß von Tarifverträgen. 3. Die Forderung auf Vereinbarung von Mindestlöhnen. 4. Die Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit. 5. Die Forderung auf Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. 6. Die Forderung auf Entlassung oder NichtEinstellung von Arbeitswilligen oder sonst den Belegschaften nicht genehmen Arbeitern, Vorarbeitern und Betriebsbeamten. 7. Die Forderung auf Wiedereinstellung vom Arbeitgeber aus gerechten Gründen entlassener Arbeitnehmer. 8. Die Forderung auf unangemessene Verkürzung der Arbeitszeit. Der einzelne Arbeitgeber darf mit keiner Arbeiterorganisation, nur mit seinen eigenen Leuten, einer Kommission derselben, oder dem Arbeiterausschuss verhandeln. Mitglieder des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller dürfen nicht in roten und anderen Gewerkschaftsblättern inserieren. Die Errichtung von Lehranstalten ist zu fördern. Die Abschaffung der Rindigungsfrist ist anzustreben. Eine Gesamtausperrung soll ohne weiteres eintreten, wenn einschließlich der Streikenden 50 000 Arbeitnehmer gleichzeitig acht Wochen auf Grund eines einheitlichen Vorgehens ausgesperrt sind.“

Unsere Leser werden nun erwarten, daß das Organ von „Sitz Berlin“ den Gesamtverband Deutscher Industrieller von dem Unmoralischen und Verfehlten seines „ausgeprägten Kampfscharakters“ zu überzeugen sucht; daß es insbesondere die katholischen Mitglieder dieses Industriellen-Verbandes auffordern würde, sich zu einer Metallindustriellen-Fachabteilung (Sitz Berlin) zusammenzuschließen und „Sitz Berlin“ Widerstand gegen die von „Sitz Berlin“ propagierten Tarifverträge aufzugeben. Aber nichts von alledem finden wir in dem Berliner Organ. „Sitz Berlin“ verlangt von den Metallindustriellen nicht einmal, daß sie die Fragen der Mindestlöhne, der Akkordarbeit, des Arbeitsnachweises, wann ein Arbeiter aus „gerechten Gründen“ entlassen werden darf und wo die „unangemessene Verkürzung der Arbeitszeit“ beginnt, der kirchlichen Autorität zur Entscheidung unterbreiten. Wie gesagt, nichts von alledem. „Sitz Berlin“ fügt der oben wiedergegebenen Notiz nur die lakonische Bemerkung an:

„Das ist eine klare Zusammenstellung von Grundfragen, die auch dem Gleichgültigen zu denken gibt.“

Damit ist also die Arbeiterfrage für die Leute von „Sitz Berlin“ gelöst. „Sitz Berlin“ will Tarifverträge, die Metallindustriellen wollen keine, daß gibt „Sitz Berlin“ zu denken. Zu denken gibt das auch den christlichen Gewerkschaftlern, aber sie lassen beim Denken allein nicht bewenden und — handeln; daher ist der Erfolg auf ihrer Seite.

Rundschau.

Der Bericht der Handelskammer zu Stolberg für das Jahr 1911 enthält folgende irreführende Mitteilung:

„Im Kreise Düren fand von Ende September bis Anfang Dezember eine partielle Arbeitseinstellung statt, bei welcher es sich weniger um eine Lohnbewegung als um eine Machfrage handelte. Die Streikbewegung endete mit einer bedingungslosen Aufnahme der Arbeit seitens der Ausständigen.“

Gemeint ist hier die Bewegung bei der Nadelfabrik Schleicher u. Söhne in Langerwehe. Die Arbeiter, die fast alle unserem Verbände angehörten, traten deswegen in den Kampf, weil die Firma die durchaus niedrigen Löhne nicht aufbesserte und dazu noch verlangte, daß die Arbeiter aus der Organisation austreten sollten. Nachdem die Firma ihren mittelalterlichen Standpunkt ausgab, wurde die Arbeit wieder aufgenommen, und sind die Arbeiter mit dem Erfolg zufrieden. Von einem Machtkampf und bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit kann nicht geredet werden. Wenn's die Stolberger Handelskammer doch tut, ist das ihre Sache. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, müßten wir die irreführende Notiz zurückweisen.

Ist halbfertige Arbeit wertlos? Vor dem Gewerbegericht in Linden-Hannover klagten mehrere Farmer auf Ausschlag vorenthaltener Lohnbeträge. Das beklagte Werk begründete die Lohninbehaltung damit, die Farmer hätten die ihnen übertragene Akkordarbeit nicht fertig gemacht. Die Farmer hatten bei Ausbruch eines Streiks, da sie ohne Kündigung angestellt waren, die halbfertige Arbeit verlassen, die in fertigem Zustande als Akkordarbeit bezahlt werden sollte, in halbfertigem Zustande aber nur als Tagelohn. Mehr als diesen verlangten die Kläger nicht. Sie beriefen sich auf folgende Bestimmung

der Arbeitsordnung: „Jeder Arbeiter, der eine begonnene Akkordarbeit durch sein Verschulden nicht vollendet, hat nur Anspruch auf den üblichen Tagelohn.“ Die beklagte Firma erhob Widerspruch auf Schadenersatz. Die Farmer hätten allerdings durch andere Arbeiter ausgegossen werden können, insofern standen der Firma solche des Streiks wegen nicht zur Verfügung. Der Direktor beanstandete die klagerte Auflegung der angeführten Bestimmung der Arbeitsordnung. Wenn z. B. ein Arbeiter eine Welle nur halb fertig drehe, so könne ein anderer diese Arbeit auch nach längerer Zeit zu Ende führen. Anders verhielt sich das mit den Sanbformen, die bereits nach einiger Zeit unbrauchbar würden. Er berief sich ferner auf folgende Bestimmung der Arbeitsordnung: „Wenn ein Arbeiter eine Arbeit mit Absicht oder durch Fahrlässigkeit fehlerhaft ausführt und dadurch unbrauchbar macht, so hat er keinen Anspruch auf Lohn.“ Hierauf erwiderten die Kläger, wenn die von ihnen angeführte Bestimmung der Arbeitsordnung für die Farmer nicht gelten sollte, so hätte dies besonders vereinbart werden müssen, was aber nicht geschehen sei. Das Gewerbegericht erkannte wie folgt: „Die Beklagte wird verurteilt, den Klägern die beanspruchten Beträge zu zahlen. Sie wird mit der Widerklage abgewiesen und trägt die Kosten.“ In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Nach der Arbeitsordnung hatten die Kläger das Recht, das Arbeitsverhältnis jederzeit zu lösen. Bezüglich der von der Beklagten zitierten Bestimmung sei das Gericht überzeugt, daß diese nicht in Frage kommen könne, da in ihr nur die Rede sei von vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit verschuldetem fehlerhafter beziehungsweise dadurch unbrauchbarer Arbeit. Die halbfertige Arbeit der Kläger sei ja vielleicht für die Beklagte jetzt unbrauchbar, aber nicht fehlerhaft und nicht dadurch unbrauchbar.

Die internationale Schienenkonvention ist auf drei weitere Jahre erneuert worden. Sie ist eine der am weitest verzweigten Verständigungen, die am internationalen Eisenmarkt zustande gekommen sind. In ihrer ursprünglichen Form umfaßte die Schienenkonvention, die nach der Gründung des Stahlwerksverbandes im Jahre 1904 ins Leben gerufen wurde, die deutschen, belgischen, französischen, englischen und amerikanischen Schienenproduzenten. Die Grundlage der Verständigung war eine gegenseitige Begrenzung der Absatzgebiete. Die europäischen Werke, die vor 1904 auch nach Nordamerika Schienenverläufe abgeschlossen hatten, verpflichteten sich, am nordamerikanischen Markt von den großen Seen ab südwärts nicht mehr als Wettbewerb zu erscheinen, während der gemeinsame Wettbewerb der deutschen, englischen, belgischen, französischen und amerikanischen Werke in den südamerikanischen Staaten gestattet wurde. Dafür verpflichteten sich die nordamerikanischen Stahlwerke, sich von sämtlichen übrigen Märkten fern zu halten und diese den europäischen Produzenten zu überlassen. Als besonderen Ersatz für ihren Ausschluß vom amerikanischen Markt erhielten die deutschen Werke ein Vorrecht auf den Absatz in Schweden, Norwegen und Dänemark und die englischen und französischen Werke ein solches auf die Versorgung ihrer Kolonien bis zur Höhe der Beteiligungsziffern. Eine erste Verlängerung der internationalen Schienenkonvention fand dann im Dezember 1906 unter Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen statt. Bei dieser Gelegenheit traten die hauptsächlichsten österreichischen und ungarischen Schienen herstellenden Stahlwerke dem Kartell noch nicht bei, sondern trafen noch zwei Jahre lang als „Ausgenommene“ auf, deren Wettbewerb, namentlich der seitens der Alpinemontangesellschaft, zeitweise recht empfindlich war. Ende 1906 und 1907 erfolgte dann eine Verbandsbildung in der österreichischen und spanischen Eisenindustrie, und nun traten die Verbände im Jahre 1908 ebenfalls der internationalen Schienenkonvention bei, gefolgt von drei russischen Stahlwerken belgischer Gründung. Die Anzahl der beigetretenen russischen Werke erhöhte sich im Jahre 1910 um zwei weitere auf fünf. Danach gehörten der internationalen Schienenkonvention deutsche, belgische, französische, englische, österreichische, ungarische, russische und amerikanische Eisenwerke an. Bei der jetzt erfolgten Erneuerung der Konvention auf drei Jahre sollen wie es heißt, keine besonderen Änderungen eingetreten, noch Beschlüsse gefaßt worden sein.

Einen sozialwissenschaftlichen Ausbildungskursus für christlich-nationale Arbeiter veranstaltet wiederum die Freie kirchlich-soziale Konferenz in Bielefeld. Der Kursus beginnt am 11. August und dauert bis zum 7. September. Ausführliche Programme versendet das Generalsekretariat der Freien kirchlich-sozialen Konferenz, Berlin N.W. 87, Eile Wartenbergstr. 28, wohin auch Anmeldungen zu richten sind.

Von der gelben „Freiheit“. In Neumünster an der Saar hat sich ein gelber Werkverein gebildet, der folgenden Paragraphen in seinem Statut hat:

§ 20. „Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitgliederversammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen und kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefaßten Beschlüsse strikte zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlung tritt Artikel 4 § 9 der Statuten in Kraft. Die Strafbestimmung betrifft den Ausschluß aus dem Verein bei Schädigung desselben.“

Damit hat der „gelbe“ Werkverein in Neumünster sich als Wahlverein konstituiert, der die durch die Reichsverfassung gewährte Freiheit der Stimmabgabe bei politischen Wahlen für seine Mitglieder durch sein Statut aushebt.

Wo bleibt da der Staatsanwalt?

Eine christlich-nationale Kundgebung hat am Sonntag, den 9. Juni an der Porta Westfalica stattgefunden. Mehr denn 25 000 christlich-nationale Männer des Mindener Ravensberger und Lipperlandes hatten sich zusammengefunden. Mit Sr. Majestät den deutschen Kaiser wurde ein Telegramm abgeandt. Das erste Hauptthema: „Waterland — Königtum — Soziale Reform“ behandelte Amtsgerichtsrat Lattemann und Pastor P. Philipps. Das zweite Hauptreferat: „Christliche oder sozialistische Weltanschauung“ erstatteten Pastor Stuhmann und Dr. Kieder.

Der dritte Hauptvortrag beantwortete die Frage: „Was erfordert die Gegenwart?“ Der erste Redner, Generalsekretär Kollege Stegerwald besprach dazu einleitend die gegenwärtige Situation in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Heute stehe als unbestreitbare Tatsache fest, daß neben den sozialdemokratischen lediglich die christlichen Gewerkschaften sich eine achtbare Stellung im deutschen Volksleben erarbeitet hätten. Für konkurrenzfähige konfessionelle Gewerkschaftsorganisationen fehlten in Deutschland sowohl praktisch die Voraussetzungen, wie sie auch grundsätzlich verfehlt wären. Die Hintermänner der katholischen Fachabteilungen hätten sich als vollständig unfähig erwiesen, aufbauende organisatorische Arbeit zu leisten. Der Vorstoß der „Berliner“ in Rom sei als eine Verzweiflungstat an-

zusehen, mit der man glaubte, aus der unangenehmen Situation herauszukommen. Aber damit könne ein verfehltes System nicht getarnt werden.

Reichstagsabgeordneter Kollege Wehrens führte aus: Deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit haben sich die Achtung der Welt erworben.

Zum Schluß richteten Pastor D. Möller und Redakteur Wallbaum die Mahnung und Bitte an die Festteilnehmer, das Gedächtnis nun draußen im Lande praktisch zu verwerten und allezeit treu und mutvoll für die christlich-nationale Sache zu streifen.

Die Kampfmethode von „Sib Berlin“ wird vom Organ des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes folgenmäßig behandelt.

„Sib Berlin“. „Eine „marxante“ Gestalt.“ so lesen wir in der „Baugewerkschaft“, nicht in dem Kampf besonders hervor: der „internationale“ schleißliche Magnat, Reichsgraf von Oppersdorff.

„Sib Berlin“. „Eine „marxante“ Gestalt.“ so lesen wir in der „Baugewerkschaft“, nicht in dem Kampf besonders hervor: der „internationale“ schleißliche Magnat, Reichsgraf von Oppersdorff.

Das ist besonders interessant. Denn es ist noch gar nicht lange her, da war der Reichsgraf von Oppersdorff ein „magerer“ Freund der christlichen Gewerkschaften.

Dieser Reichsgraf kommt uns gerade recht. Selbst Mitglied des interkonfessionellen schließlichen Bauernvereins, ja sogar noch Präsident desselben, erdreißelt sich dieser Mann, die Bestrebungen auf eine kirchliche Beurteilung der ebenfalls interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften zu unterstützen.

Das wäre uns gerade der Rechte, der uns Lehren zu erteilen hätte. Hat er denn schon einmal den Versuch gemacht, bei seinen eigenen Arbeitern die „Berliner“ Ideen praktisch zu fruchtifizieren?

Die sich hyperkatholisch gebärdende Duerkreiterpresse, die den Berliner Fachabteilungen nahesteht, hat kürzlich eine Auffstellung aus den Reichstagswahlziffern in Rheinland und Westfalen gemacht, die als Beweis dafür dienen soll, daß die christlichen Gewerkschaften absolut nicht imstande seien, das Vordringen der Sozialdemokratie zu verhindern.

Sozialdemokratische und verwandte Moral Das sozialdemokratische Bochumer Volksblatt bringt in seiner Nr. 234 eine Notiz über die schlechte Bezahlung und das sich daraus ergebende Elend der Verkauften, und macht dazu folgende Bemerkung:

Veruf oft viel zuträglicher wäre. Da müßten die Eltern ein kräftiges Wort sprechen. Aber leider haben diese häufig nicht mehr Bestand, als die Töchter.

Als Kollege Beher vom christlichen Eisenbahnerverbande (Sib Oberfeld) in Münster f. St. ähnliche Wahrheiten aussprach, stimmte die ganze sozialdemokratische Presse ein wahres Indianergeheul an.

Wobauernwerte Opfer der roten Hefe. Gelegentlich des roten Putzches im Ruhrbergbau kam es in Witten zu frechhaften Dynamitattentaten. In der Nacht zum 19. März wurden vor den Häusern dreier nichtstreikender Vergleute Dynamitpatronen zur Explosion gebracht.

Daß die „freien“ Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei eins sind, hat der Vorsitzende der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, der sozialdemokratische Abgeordnete Begien, einmal wieder bestätigt.

Wg. Begien hat es — im Gegensatz zu ungehäßten seiner agitatorisch tätigen Genossen in Deutschland — verschmäht, vor den Amerikanern Verspender zu spielen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Düsseldorf. Uebermüßige Firma Gebr. Inben, Fittingsfabrik, ist die Sperre verhängt. Die Firma hat die gewünschten Kommissionsmitglieder, die mit ihr über die Wünsche der Arbeiterschaft verhandeln sollte, gekündigt.

Elmweiler. Der Streik bei der Firma F. A. Neumann ist vermieden worden. Die Arbeiter hatten am 5. Juni, nachdem die Firma den Arbeiterschuß, sowie eine Anzahl Arbeiter entlassen hatte, in ihrer großen Mehrzahl die Kündigung eingereicht.

Mit Befriedigung können die Kollegen auf den Verlauf dieser Bewegung zurückblicken; denn ihre Kardinalforderungen waren: Regelung des Abfordersens und Lohnserhöhung.

- 1. Das Abfordersystem darauf zu regeln, daß eine Kommission eingesetzt werde, die in Zukunft die Reklamationen prüfen und die Abfordersätze aufstellen solle;
2. daß eine Lohnserhöhung in Höhe eintreten solle;
3. daß die Ausschuhbestimmungen mehr eingehalten werden;
4. die entlassenen Arbeiter sollen alle — bis auf einen, der auf seine Einstellung verzichtete — eingestellt werden.

Der Streik sei stets ein zweischneidiges Schwert, und in der Voraussetzung, daß die Firma die eingegangenen Verpflichtungen lokal einhalten werde, könnten die Kollegen mit ihrem ersten Erfolge zufrieden sein.

Auslieferung Hannover-Magdeburg-Halle. Am 22. Juni wurden in Hannover die eingeleiteten Verhandlungen zur Beendigung der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in der Metallindustrie abgebrochen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherlei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt. Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet.

Düsseldorf-Rath. Bei der Firma Boensgen haben sich die Differenzen verschärft. Es sind 50% der Kollegen gekündigt. Falls keine Einigung erzielt wird, werden die übrigen Arbeiter die Kündigung elnreichden.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Eveling ist für Britannienwarenarbeiter gesperrt. Nerdingen-Kaldenhansen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Köhr ist die Sperre verhängt.

Machen. Bei der Firma Paulus, Bauhilfsfabrik, stehen die Arbeiter im Streik. Grünhe bei Herlorn. Bei den Firmen G. Schlieper, Karl Schlieper und J. D. Halver stehen die Kettenhämle in Kündigung.

Hagen-Schweim. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgebervereins Hagen-Schweim ist von den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen für Formner und Glebereiarbeiter gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Firma Gebr. Inben, Fittingsfabrik, ist die Sperre verhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Machen. Bei der Firma Paulus, Bauhilfsfabrik, stehen die Arbeiter im Streik. Grünhe bei Herlorn. Bei den Firmen G. Schlieper, Karl Schlieper und J. D. Halver stehen die Kettenhämle in Kündigung.

Hagen-Schweim. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgebervereins Hagen-Schweim ist von den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen für Formner und Glebereiarbeiter gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Firma Gebr. Inben, Fittingsfabrik, ist die Sperre verhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Machen. Bei der Firma Paulus, Bauhilfsfabrik, stehen die Arbeiter im Streik. Grünhe bei Herlorn. Bei den Firmen G. Schlieper, Karl Schlieper und J. D. Halver stehen die Kettenhämle in Kündigung.

Hagen-Schweim. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgebervereins Hagen-Schweim ist von den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen für Formner und Glebereiarbeiter gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Firma Gebr. Inben, Fittingsfabrik, ist die Sperre verhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 30. Juni der Liebenundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Juni bis 6. Juli fällig.

Der Former Johann Wiegand, Buchnummer 155 562, wird auf Antrag der Verwaltungsstelle Hagen wegen Streikbruch aus dem Verbandsausgeschlossen.

Reisse. Das Mitgliedsbuch Nr. 41813, ausgestellt auf den Namen Karl Reuter, Schlosser, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Rhin-Mülheim. (Note Papiersoldaten.) Die Verwaltungsstelle Rhin des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bemüht sich krampfhaft, den Jahresbericht unserer Verwaltungsstelle zu verkleinern. Auch unsere Beitragsleistung vergrößerten die Leute. Die Triebfeder dieser mißlungenen Herbeiführung ist der obste Konkurrenzneid. Unser sozialer Mitgliederzuwachs - prozentual fast doppelt so hoch wie im roten Verband - und ein Sekretariat in Mülheim sind Zeugen dafür, daß das Jahr 1911 für uns ein Jahr des Fortschritts war. Welche Clownsprünge in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ ob der Errichtung des Sekretariats in Mülheim gemacht werden, zeigt folgender Satz: „Sollte man vielleicht den christlichen Führer vor drei Viertel Jahren wohl deshalb nach Mülheim versetzt haben, weil sein Sauerbrenntontor so großartig in die „Mülheimer Volkszeitung“ paßt?“ - Nun wissen die Mülheimer endlich, warum unser Verband ihnen durch Schaffung des Sekretariats entgegenkam. Und die Genossen? Die Verhältnisse haben sich geändert. Früher war man so hübsch unter sich. Warnungen, wie: „Kinder, seid ruhig, der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes ist anwesend und hört ja euren ganzen Unmut“, waren da nicht notwendig.

Wir kennen aus Genossen und die Misere, in welcher in Mülheim der rote Metallarbeiterverband steht. Die „Liebesvolle Sorgfalt“, mit welcher die Herren aus dem Rhiner Volkshaus uns umgeben, mag man also getrost der benachbarten roten Verwaltung widmen. Bis heute liegt uns ein Verwaltungsbericht der roten Mülheimer Verwaltungsstelle nicht vor. Wir wissen warum. Der Mitgliederzuwachs in 1911 steht fest. Neuerdings haben alle Mitglieder dort folgende Drucksache erhalten:

„Werte Kollegen! Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, wiederum eine Mitgliederkontrolle vorzunehmen. Eine ganze Menge unserer Verbandskollegen sind sich leider ihrer ersten Pflicht als Gewerkschaftler, die Beiträge pünktlich zu entrichten, nicht bewußt. Die Gesamtbeitragsleistung wird dadurch derart beeinträchtigt, daß die Gefahr besteht, einen Mitgliederzuwachs zu erleiden.“

Diese Mahnung soll unsererseits nicht bekräftigt werden. Wer diese Gelder gegen sich heuchlerisch auf's hohe Pferd. Der Splitter im Auge des Gegners sehen sie, während im eigenen ein Balken herausragt.

Während „man“ im Größenwahn „in Versammlungen unter sich“ verkündet: „Wir dürfen nicht mit den Christlichen zusammengehen, die sind eine Streikbrecherorganisation, verfeilt sich diese Gesellschaft in anderen Versammlungen in „brüderlichster Weise“. Davon einige Proben:

„... Ein Haufen von Lohnabhängigen und Mißständen liegt vor. Seit drei Wochen haben wir jeden Abend Versammlungen ab, aber etwas Ernstliches geschieht nicht.“ „Von der Verbandsverwaltung wird immer gebremst. Die Mülheimer Verwaltung kommt uns nie entgegen... Es wird uns etwas weiße Salbe auf die Zunge geschmiert. Die Leute verlieren das Vertrauen zur Organisation. Von unserer Verwaltung wird uns die Gasmotorenfabrik als Schlafaffenland geschilbert. Die Vertrauensmänner sind abhängig von der Verwaltung. Die machen auch nichts!“ „... Wenn ich Abzug bekomme, wird eine Versammlung einberufen am Montag. Am Dienstag wird eine Kommission vorstellellt und am Mittwoch muß ich für den Abzug weiter arbeiten.“ „... Wenn ich bei unseren Betriebsleiter komme, werde ich nicht so abgeschauzelt, wie dieses von unserem Verbandsbeamten geschieht.“

„... Wir brauchen uns von unserem Beamten nicht abtanzeln zu lassen.“ „... Ich lasse mich nicht mundtot machen.“ „... Wenn ein Mitglied von der Direktion hier wäre oder ein Meister, die bekämen einen netten Begriff. Der braucht nur halb zu verstehen, um zu denken: Na die (vom roten Verband) sind auch nicht so gefährlich.“ „... Die Ausführungen unseres Verbandsvertreters sind reinster kreuzritzer Bürokratismus. Wenn ich aus unseren Versammlungen hinausgehe, bin ich gerade so schlau, als wie ich herein kam.“

„... Die Leute kommen nicht mehr, weil es immer nur bei den Versammlungen bleibt.“ „... Wer die Verhältnisse kennt, wird nicht erstaunt sein, daß die von unserer Sozialverwaltung angelegte Dremse von Stuttgart aus noch mehr angeschraubt wird und zwar mit einem direkten Halt. Für unsere Herren an der Stuttgarter Zentrale ist ja die soziale Frage gelöst. Demen ist ja gleich, ob wir 2 Bfg. pro Stunde mehr verdienen oder nicht. Die haben ja auch zurzeit mehr zu tun mit einem Fall Westmeyer und der (soz.) Partei. Darum können sie sich auch nicht um unsere Verhältnisse kümmern.“ „... Wenn wir heute mehr verdienen als voriges Jahr, so müssen wir auch mehr arbeiten. Unser Verbandsbeamter braucht hier nicht den Unternehmerstandpunkt herauszukehren.“ „... Und dann, wenn er (der Genosse) zur Rede gestellt wird, einem noch mit dem Schraubenschlüssel zu drohen!“ „... Weil er (der Genosse) mich eine Lüge bezichtigte, habe ich ihm den Schraubenschlüssel unter die Nase gehalten.“

Dieses Kapitel könnte erweitert werden; es genügt jedoch, um die „Stärke“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu kennzeichnen. In solchen Situationen droht man den erwachsenen roten Metallarbeiterverbandsmitgliedern mit dem „Sau-Bau“ des „schwarzen Mannes“, damit sie ihre wirtschaftliche Lage in ihrer „Augst“ vergessen sollen; ob's hilft? Daß eine aber kann konstatiert werden: Die Verhältnisse mit welchen der rote Metallarbeiterverband hier zu rechnen hat, das zu Schanden mißbrauchte Vertrauen der Metallarbeiterschaft und der bei jeder Gelegenheit zutage tretende, die gewerkschaftliche Arbeit schädigende Rabulistik, sind eine Folge des sozialdemokratischen, agitatorischen und faktischen Eshkams. So muß z. B. am 6., 7. und 8. Juli d. J. jede gewerkschaftliche Versammlung ruhen, weil es der Festhaltung des sozialdemokratischen Sängerbundes, welcher dann hier sein Bundesfest abhält.

in der Rheinischen Zeitung so kommandiert. Angesichts dieser Verhältnisse kann man es bezweifeln, wenn ein Erzgenosse in seinem Ueberdruß ausruft: „Ich glaube an keinen Herrgott, aber auch an keinen Genossen mehr!“

Unsere Mitgliebet und die uns noch fernstehende christlich-national geminte Arbeiterschaft mag immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß durch weitere Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes der roten Arbeiterschädigungspolitik ein Damm entgegengeleitet wird. Als freie unabhängige Organisation werden wir weiter unser bisher verfolgtes Ziel im Auge behalten: stetiger kultureller und materieller Aufstieg der Metallarbeiterschaft.

Deshalb entschlossen mit Mut und Ausdauer an die Aufklärung und Werbearbeit! Mag dann auch ein „Domant“ zur Stimmungsmache ausruhen: „60% der Arbeiter sind im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisiert“, wir wissen, woran wir mit den Mülheimer Genossen sind; ihre Reichen lichten sich, sie halten im Kampfe nicht stand: „Es sind aufgefleimte Papiersoldaten!“

Saarrevier. „Der Wahrheit die Ehre!“ Das soll der Grundsatz eines als Erwiderung auf unsere Feststellungen gedachten Artikels im Organ des lokalen Grubenhandwerkerverbandes sein. Um sich an den unbehaglichen Tatsachen und den ausgestreuten Unrichtigkeiten vorbei zu drücken, ergeht man sich in persönlichen Beleidigungen. Nach dem Versammlungsbericht der „Saarbrücker Zeitung“ ist auf der Generalversammlung des Verbandes in Dübweiler die Behauptung aufgestellt worden, die Behörde habe dem Verbands Schwierigkeiten gemacht. Ueber die von mir an diese Behauptung geknüpfte Bemerkung regt man sich im lokalen „Grubenhandwerkerverband“ künstlich auf. Man unterschreibt mir, ich hätte (durch den Nachweis des Gegenteils) den „Verband“ bei der Behörde angeschwärtzt und ihn vor der Öffentlichkeit lächerlich zu machen versucht. Ich muß gestehen: das erstere lag mir fern und letzteres hieße Gulen nach Löwen tragen; das Schwärzliche hat das Verbändchen durch Falschmeldungen und Generalversammlungen a la Dübweiler in ausgiebigstem Maße schon selbst besorgt.

Wenn „man“ nicht gesagt haben will, die Behörde hätte dem Verbands Schwierigkeiten gemacht, warum korrigierte „man“ den Bericht der Tagespresse nicht gleich, sondern erst nach 4 Wochen? Uebrigens soll „man“ sich in Dübweiler gar nicht so zahm benommen haben. Der Vorsitzende hat z. B. dort im Anschluß an den Vorschlag eines Mitgliedes, daß zwei Mann zum Minister geschickt werden sollten, um diesem eine andere Ansicht „beizubringen“, gesagt: „Wir nehmen dann Stellung vor der Öffentlichkeit, und wenn ich auch zumunzen sein sollte, noch eine Schicht auf der Friedrichstaler Glasblüte zu machen, um mich ernähren zu können.“ Wir sind nun gespannt, ob die zwei „Gesandten“ zum Minister kommen dürfen und wie sie ihm eine andere Ansicht „beibringen“. Wenn wir uns gegen die Behauptung des Herrn Schmitt betr. die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung gewendet haben, so geschah dies mit Recht. Wir wollten nicht, daß das von der Behörde in Betracht gezogen wird. Herr Schmitt will die ihm in den Mund gelegten Worte nicht gebraucht haben. In dem Versammlungsbericht der Saarbrücker Zeitung heißt es aber wirklich, daß Herr Schmitt erklärte, die Behörde habe darauf hingewiesen, daß in einzelnen Gegenden die Handwerker nebenbei Ackerbau trieben, dort seien „ihm“ einen Ausgleich zu schaffen, die Böden niedriger als im reinen Industriegebiet. Darauf hat Schmitt nach der Saarbrücker Zeitung, betont: „Wenn das tatsächlich der Fall wäre, hätten wir nicht so viel dagegen einzubringen.“ Wenn man Wert darauf legt, das nicht gesagt zu haben, so läßt man so etwas doch möglichst sofort berichtigen. Zum mindesten hätte das doch mit der anderen „Richtigstellung“ nach 4 Wochen geschehen können.

Au den wichtigsten Punkten hat der Artikelschreiber sich jedoch vorbeigebracht. Daß die Herabsetzung der Altersgrenze auf 32 Jahre nicht auf das Eintreten des „Grubenhandwerkerverbandes“ zurückzuführen sei, habe ich an dessen eigener Eingabe bewiesen. Gleichfalls hatte ich gesagt, bei den Vergetatsberatungen hätten die Herren Abgeordneten, also auch Herr Dr. Maurer, welche für die Grubenhandwerker und Maschinenisten eingetreten seien, sich ausdrücklich auf das Material des christlichen Metallarbeiterverbandes berufen. Von einem „Grubenhandwerkerverband“ sei keine Rede gewesen. Meine Behauptung ist zutreffend. In dem Organ des „Grubenhandwerkerverbandes“ schreibt „man“ nun folgendes: „Herr Dr. Maurer konnte sich ebenso gut auf die Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes, denn Herr Dr. Maurer hat nur von christlich-nationalen Arbeitern gesprochen und nicht von christlichen Metallarbeiterverband.“ Wenn es dann in dem betreffenden Artikel heißt, es gelte hier eine Verdrehung richtig zu stellen, so ergibt sich aus folgendem, auf welcher Seite die Verdrehung liegt:

1. Es lag gar keine Petition des Grubenhandwerkerverbandes zum diesjährigen Vergetat vor.

2. Herr Dr. Maurer hat sich nur auf das Material des christlichen Metallarbeiterverbandes berufen und ausdrücklich den christlichen Metallarbeiterverband genannt. Nach dem amtlichen Stenogramm führte er aus: „Neben den eigentlichen Arbeitern möchte ich noch einige Worte sagen über die große Gruppe der Handwerker, die in den Gruben beschäftigt sind, Geiger, Maschinenisten usw. Sie sind ebenfalls mit einer Bitt- und Denkschrift an den Herrn Minister herangekommen, die durch die Organisation, der sie vielfach angehören, eingereicht ist, durch den christlichen Metallarbeiterverband.“ Wo liegt nun die Verdrehung?

Wenn dann Beleidigungen, wie: „Verwufte Lügen“, „Lüge immer zu, etwas bleibt doch hängen“, gegen mich geschleudert werden, dann weiß jeder, was davon zu halten ist. Was die Behauptung betr. Lohnfähigkeit und ein Mitglied unseres Verbandes anlangt, so ist uns derartige nicht bekannt und wir haben eine solche Statistik nie benutzt. Man nenne doch den Namen des betreffenden Mitgliedes. Im übrigen sei dem Artikelschreiber gesagt, daß man sich gegen seine persönlichen Angriffe und Beleidigungen zu schützen wissen wird. Der Artikelverdächtiger kann sich freuen, daß seine Ausäußerungen im Organ des „Grubenhandwerkerverbandes“ keinem größeren Kreise bekannt werden. Ueber das Urteil wäre er gewiß nicht erfreut, zumal er sich erdreistet, meinen Vater, einen alten 70-jährigen Greis, der im Staatsdienste ergraut und mit der Sache nichts zu tun hat, mit in seinem Nachwert heranzuschleppen. Leute, die so kämpfen, sollten wirklich nicht mehr darüber greuen, wenn sie von der Öffentlichkeit nicht ernst genommen werden. Der denkende Teil der Grubenhandwerker, der wirklich gewillt ist „der Wahrheit die Ehre“ zu geben, kann beim besten Willen solche Mäpseleien nicht gutheißen und schließt sich deshalb dem christlichen Metallarbeiterverband an, wo seinen Interessen dienliche praktische Arbeit geleistet wird.

Mülheim (Rhein). Abseits der Verkehrsstraße, zwischen Mülheim und Dellbrück, liegt die Fabrik der Firma Te Radium Rubber. Es sind dort circa 60-80 Arbeiterinnen beschäftigt. In einer von uns einberufenen Betriebsbesprechung führten dieselben berechtigete Klagen über die zur Auszahlung gelangenden Verdienste. Ohne auf die Produktion eingearbeitet zu sein, wird Akford festgesetzt. Wochenverdienste von 8-12 Mark sind nach den Befundungen der Arbeiterinnen keine Seltenheit. Dabei müssen noch Zutaten von letzteren selbst gestellt werden. Kein Wunder, daß viele Arbeiterinnen gezwungen sind, nach Feierabend einen Teil ihrer Arbeit mit nach Hause zu nehmen, um so wenigstens in etwa was zu verdienen. Wie ist es einer alleinlebenden Arbeiterin möglich, mit einem solchen Verdienste rund zu kommen? Und haben nicht auch die Eltern ein Recht auf ein annehmbares Verdienst ihrer Töchter? Die stattgefundenen Versammlung und das Ausstellen von Lauzetteln zu einer zweiten Versammlung setzte anschließend die Betriebsleitung in Erregung. Einer unserer dort beschäftigten Kollegen wurde vor den Betriebsleiter zitiert und ihm das „Aufheben“ der Mädchen verboten. Den Zettelverteiler will man dem Herrn Landrat anzeigen. (1) Nach erhaltenem „Belehrung“ zog es unser Kollege vor, von Betriebsleiter und Firma Abschied zu nehmen. Trotzdem betonen wir, daß D. an der Sache ganz unbeteiligt war und das Vorgehen gegen diese Zustände unserer eigenen Initiative entsprungen ist. Auch in Zukunft werden wir tun, was uns beliebt und was unser Recht ist. Unserer Pflicht, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, werden wir allezeit nachkommen, mag die Firma nun Träne u. Hellmers oder Te Radium Rubber oder sonstige heißen. Dort, wo die Verhältnisse einer Verenderung bedürfen, setzen wir ein. Mögen darum die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall- und chemischen Industrie unserem Ruf folgen. Einigkeit macht stark! Deshalb schließt auch dem christlichen Metallarbeiterverband an.

Essen-Ruhr. Die Klagen der Kruppischen Arbeiter über Minderverdienst und schlechte Behandlung werden immer lauter. Der Wunsch auf Erhöhung des Tagesverdienstes ist uns so berechtigter, weil der Lohn der Kruppischen Arbeiter seit dem Jahre 1906 sich nur um ein wenig erhöht hat, ja beinahe noch auf derselben Höhe steht, wie vor 6 Jahren. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß in den letzten Jahren die Mieten und Lebensmittel, überhaupt alles zum Leben Notwendige, sich verteuert hat und daher der Wunsch auf Aufbesserung der Löhne sehr verständlich ist. Aus diesen Gründen wurden in verschiedenen Betrieben der Firma Krupp von seiten der Arbeiter Schritte zur Lohnerhöhung unternommen. Um eine Erhöhung des Tagesverdienstes zu ermöglichen, ist natürlich Voraussetzung, daß die einzelnen Akfordhöhe erhöht werden müssen. Die meistaus meißten Akfordhöhe in fast allen Betrieben sind so ausprobiert und ausfallend, daß der Arbeiter manchmal fast unmögliches leisten muß, um zu einem auskömmlichen Lohn zu kommen. Die Akfordhöhe werden in vielen Betrieben nicht, wie die Arbeitsordnung vorschreibt, mit den Arbeitern vereinbart, sondern von Betrieben ausfallen und dann einfach diktiert. Würde nun die ausprobierte Stundenleistung auf 8, höchstens 9 Stunden Arbeitszeit verrechnet, so würden die einzelnen Akfordhöhe zum Teil noch annehmbar sein. Es scheint aber, als wenn die Akfordhöhe nach einer Stundenleistung ausprobiert und dann mit 10 multipliziert würden: Da aber kein Arbeiter 10 Stunden lang dieselbe angestrengte Tätigkeit verrichten kann, ergibt sich von selbst, daß der Akford zu niedrig steht.

Mit Wünschen auf Lohnerhöhungen waren auch die Arbeiter der Radfabrik an ihre Betriebsleitung hergetreten. In dieser Werkstatt war es schon seit Jahren den Arbeitern nur mit Aufbietung aller Kräfte eben möglich, einen Lohn von 6 M. bis 6,50 M. zu erreichen. Wurde von seiten der Arbeiter darauf hingewiesen, daß in anderen Betrieben der Kruppischen Fabrik mehr verdient würde, dann hieß es: „Wir herarbeiten nur Friedensmaterial bei Kriegsmaterial können höhere Löhne verlangt werden.“ Die Akford dieser Werkstatt sind im Laufe der Jahre immer mehr heruntergefallen, mit der Begründung, wir müssen billiger arbeiten wegen der über großen Konkurrenz. Es herrscht hier ein Haß und Jagen wie vielleicht in keiner anderen Kruppischen Werkstatt. z. B. beim Räder fertig Bohren muß der Bohrer sich selbst das Rad manchmal 100 Meter weit herbeiführen, während die Bank läuft. Es sollen ja hierfür eigene Leute bestellt sein, aber der Hilfsarbeiter sind immer so wenige, daß der Bohrer, wenn er sein Geld verdienen will, nicht darauf warten kann.

Diesem Zustand ist es auch zuzuschreiben, daß die Unfallziffer in dieser Werkstatt sich fortgesetzt gesteigert hat. Daß auch die Behandlung seitens mancher Vorgesetzten vieles zu wünschen übrig läßt, sei nur nebenbei bemerkt. Als nun die von der Arbeiterschaft gewählte Kommission bei der Betriebsleitung die Wünsche und Beschwerden vorbrachte, erstanten sie nicht wenig, als ihnen vom Herrn Betriebsführer bedeutet wurde, er wisse schon, worum es sich handle, er sei schon ganz genau informiert. Der Betriebsführer, der die Wünsche der Arbeiter nicht als unberechtigt zurückwies, erklärte, daß er für nichts machen könne, weil die Forderungen einseitig d. h. nicht von der gesamten Arbeiterschaft, aufgestellt seien.

Also einseitig sollten die Forderungen gestellt sein, da war ja gleich des Rätsels Lösung. Von welcher Seite war die Betriebsleitung unterrichtet? In einer Betriebsversammlung, zu der jeder Arbeiter der Radfabrik Zutritt hatte, waren auch ein paar „Gelbe“ erschienen. Diese hatten nun nichts eiligeres zu tun, als höheren Orts die ganze Angelegenheit zu melden. Von hier aus wurde der Betrieb benachrichtigt. Ja, diese „Gelben“ hatten am nächsten Tage sogar die „Freundlichkeit“, mit dieser „Selbentat“ zu prahlen und die übrigen Kollegen zu verhöhnen. In ihrer Schadenfreude wurden sie noch kräftig unterstützt von den sogenannten „freien“ Gewerkschaftlern, die es rundweg ablehnten, an der Befürderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Werkstatt mitzuwirken.

Hier kann man so recht erkennen, welchen Zweck der gelbe Werkverein hat. Nicht genug damit, daß die Gelben in den Betrieben Liebhabern und jeden Akford verderben, d. h. bedeutend billiger annehmen, ganz gleich ob sie etwas dabei verdienen. Jetzt sind diese Leute schon darauf dreifert, Befürderungen auf Besserung der Verhältnisse zu hintertreiben. Wahrscheinlich, die Firma Krupp wollte, was sie wollte, als sie sich die Gelben zulegte. Sie macht damit ja ein glänzendes Geschäft. Die paar Tausend Mark, die den Gelben hingeworfen werden, sind gut angelegt. Die Gelben bringen es auf die Dauer fertig, daß die Arbeitsleistung des einzelnen immer größer, der Lohn dagegen immer kleiner wird. Es wird ja schon jetzt aus gelben Kreisen immer darauf hingewiesen, daß jeder Arbeiter Gott danken müsse dafür, daß er überhaupt bei der Firma Krupp arbeiten dürfe. Ihnen ist schon klar gemacht worden, daß wenn eine Arbeit unzureichend von der Firma billiger

S. Kettenhofen.

angenommen ist wie sonst, der Arbeiter leichter den Schaden tragen könne als die Firma, weil bei den Arbeitern das ja nur ein wenig an dem Ausmach. Trägt die Firma aber den Mindererwerb, so macht das gleich viel aus. Die Lohnverhältnisse müssen ja schlechter werden bei solcher einer Ministerarbeit der selben. Dabei sind gerade die selben die unzufriedensten Elemente der Werkstatt, die, wenn kein Vorgesetzter dabei ist, alles schimpfen, aber alles kritisieren, das finden sie selbstverständlich. Aber wo es gilt: Besserung schaffen, Klagen und Wünsche vorbringen, da dürfen diese nicht mitmachen, das würde ja ein Verstoß gegen ihre Sahlungen sein. Bezeichnend ist auch die Haltung der Mitglieder des 'freien' Metallarbeiterverbandes.

Wahrlich, die Kruppische Arbeitererschaft müßte mit Windheit geschlagen sein, wenn sie jetzt nicht einsehen, wer in Wirklichkeit ihre Interessen vertritt und daß ohne den Anschluß an eine starke, wirklich unabhängige Organisation die Lohn- und Verhältnisse nicht gebessert werden. Wo die wahren Freunde der Arbeiterschaft sitzen, haben die letzten Vorgänge in verschiedenen Betrieben und auch in der Nachfabrikation gezeigt. Darum, ihre Kruppischen Arbeiter, ermannet euch und stärkt eure Berufsorganisation. Tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband und zeigt dadurch geschlossen den 'Arbeiterfreunden', wie wirksam die Interessen der Arbeiter vertreten werden können.

St. Ingbert. Geradezu empörend auf die Arbeiter der Rilminger und St. Ingberter Hohl- und Stahlwerke N.-G. wirkt das Verhalten dieses Werkes in der Lohnfrage. Bis her war es hier Usus, am 1. oder 2. jeden Monats Abschlag zu zahlen; die Auszahlung aber richtet sich nach verschiedenen Umständen. Fällt eine Reichstags- oder ähnliche Wahl in die Mitte des Monats, so wird nicht am 15. sondern erst einige Tage nachher ausbezahlt. Dies war noch bei der letzten Reichstagswahl der Fall. Wozu und weshalb diese Verzögerung, die die auf ihren längst verdienten Lohn wartende Arbeiterschaft schwer empfindet? Dieser Tage nun sollte sich der Lohnnachtrag nach dem Usus des Herrn Konsumverwalters richten, so hörte man wenigstens hier und da. Am 15. Juni sollte Auszahlung sein; da dieser Tag jedoch ein Sonnabend war und Sonnabends und Montags bisher noch nicht ausbezahlt wurde, sollte der Lohnnachtrag auf den 18. resp. 19. Juni verlegt werden. Da sich aber am 14. und 15. Juni schon einige Hundert Arbeiter beschwerten, mußte die Betriebsleitung sich bewegen, 'schon' am 17. auszuzahlen. Die Sache mit dem Konsum ist die: Wird am Sonnabend ausbezahlt, so gehen die Arbeiter nach Hause und wenn sie dann am Montag wiederkommen, so haben viele das Geld 'vergessen', um im Werkkonsum zu kaufen. Bekanntlich wurde hier auf Beiräte unserer Bezirksleitung das Vorzugsrecht, welches die Arbeiter unter der Notwendigkeit des Werkes zu bringen geeignet war, abgeschafft.

Auch die Sonntagsarbeit dürfte auf dem Werk etwas mehr eingeschränkt werden. In der Regel wird hier Sonntagsmorgens bis gegen 8 und 9 Uhr noch gewalzt. Schreiber dieser Zeilen traf am letzten Samstag einige Arbeiter genannten Werkes, die zur Arbeit gingen. Die Kollegen erklärten, daß sie bereits den 7. Sonntag nacheinander arbeiten mußten. Wo bleibt da die Bundesratsverordnung? Auch ließ das Werk am Samstag Grundarbeiten verrichten. Wie lange noch werden die Hüttenarbeiter Saarabens sich solchen und vielem anderen noch bieten lassen? Wann werden sie aufwachen und die Hand mit anlegen, um Besserung zu schaffen? Kollegen, tretet eurer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband bei; alsdann werden auch für euch bessere Zeiten andrechen.

Vom Mittelrhein. Die mittelrheinischen Ortsgruppen unserer Verbandes, Koblenz, Neuwied, Andernach, Södingen, Brohl, Burgbrohl, Stromberg beschäftigten sich in ihren letzten Mitgliederversammlungen mit den neuesten Erscheinungen des Gewerkschaftsrechtes im katholischen Lager. Einkimmig wurde in sämtlichen Versammlungen folgende Resolution angenommen: 'Die Versammlung ist mit der Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Vorstandes unseres christlichen Metallarbeiterverbandes voll und ganz einverstanden. Versammlung erwartet, daß alles getan wird, um dem arbeiterschädigenden Treiben der Berliner 'Theoretiker' ein Ende zu machen.'

Im übrigen werden die Kollegen am Mittelrhein sich durch das Treiben der Leute von 'Eiß Berlin' und durch das schadenfrohe Jubelschreien der 'Genossen' nicht beirren lassen. Mit Ausdauer und Energie werden sie im Sinne unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung unentwegt weiter arbeiten.

Bonn. Am 15. Juni hielt unsere Ortsgruppe im benachbarten Godesberg eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Pfuhmann-Köln referierte über die Wichtigkeit der Organisation überhaupt und die unserer christlichen Gewerkschaften im Besonderen. Die anschließende Diskussion bewies, daß alle Anwesenden den interessantesten Ausprägungen des Redners mit Aufmerksamkeit gefolgt waren. Ein Diskussionsredner bekannte sich als früherer Gauleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Unter lebhaftem Beifall erklärte er, daß er, nachdem er unsere Bewegung kennen gelernt, aus einem früheren eifrigen Gegner ein noch eifrigerer Freund und Förderer der christlichen Verbände geworden sei. Unser Vorsitzender richtete dann noch besonders an die anwesenden jungen Kollegen die eindringliche Aufforderung, sich recht frühzeitig unserem Verbande anzuschließen. Es danna aber auch nicht allein beim Beirätegründen und Versammlungsbefuch bewenden zu lassen, sondern vor allem auch recht eifrige Agitatoren für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu werden. Die erste entscheidende Frucht dieser Versammlung war die Beitrittserklärung fast sämtlicher nichtorganisierten Versammlungsbefucher zu unserem Verband. Kollegen von Bonn und Godesberg, an euch allen ist es nun, durch eifrige Werbearbeit unsere Reihen fort und fort weiter zu stärken. Wir arbeiten ja für unsere eigene Sache. Je eifriger wir uns betätigen, um so näher können wir dem Ziele.

Wien-Währing. Eine 'Stütze' der Sozialdemokratie fand am 13. Juni in der Person des in sozialdemokratischen Metallarbeiterverbände organisierten Schlossers Joh. Breuer aus Wien wegen Verleitung vor den Schranken des Gerichts. Der Anklage lag folgender Tatbestand zu Grunde: In einer am 4. Januar d. J. stattgefundenen Betriebsbesprechung erklärte der Angeklagte ohne jegliche Veranlassung, ganz aus dem Zusammenhang des zur Besprechung stehenden Themas gerissen: 'Ich würde vom Meister beauftragt, mit dem Kollegen Dünner in einer Kolonne zu arbeiten; da habe ich erwidert: Nein, mit dem arbeite ich nicht zusammen, der Kerl ist mir zu schlecht.' — So, der Dünner ist schlecht. Der hat seinen Mitarbeiter auf das Strafmaß herbeigeführt. Dem Kollegen

Bühl hat er 4 Pfennig Lohnabzug verschafft und mußte Bühl sich dann noch in den christlichen Metallarbeiterverband anschreiben lassen.' Der hier genannte Dünner war Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, als Kolonnenführer in der Gasmotorenfabrik Durb beschäftigt gewesen und nicht in der Versammlung anwesend. Er konnte sich also gegenüber Breuer nicht verteidigen. Der anwesende Bühl erklärte sofort: 'Ich bin aus freiem Willen vom Deutschen zum christlichen Metallarbeiterverband übergetreten.' Trotzdem die in der Versammlung anwesenden Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes protestierten, hielt Breuer seine Anschuldigungen aufrecht. Darauf strengte Dünner Klage an, um dem Genossen Gelegenheit zu geben, den Wahrheitsbeweis für seine Verleumdungen anzutreten. Dieser mißlang vollständig. Nicht den Schanden eines Beweises vermochte Breuer zu erbringen. Da der Urteil lautete auf 20 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten.

Aus der Gerichtsverhandlung verdient noch einiges festgehalten zu werden. Noch bevor die Verhandlung begann, benahm Breuer gegenüber den als Zeugen erschienenen christlich organisierten Arbeiter in einer Weise, daß er vom Gerichtsdienste zum evtl. Verlassen des Gerichtssaales aufgefordert wurde. Breuer machte sogar den Versuch, unsere Kollegen bei dem anwesenden, gleichfalls als Zeuge erschienenen Meister anzuschwärzen. Wie rufen dem Genossen, sich in seinem eigenen Interesse zu betätigen, sonst kann er auf Wunsch eine zweite Auflage des Prozesses erleben.

Das Benehmen des Breuer war so renitent, daß ihm mehrmals vom Gerichtsvorsitzenden die Frage vorgelegt wurde: 'Breuer, sind Sie betrunken?' Auch in der Urteilsverlesung hob das Gericht dieses Benehmen hervor und wies auf die Vorstrafen Breuers hin, nach welchen geschlossen werden könne, daß es Breuer allem Anschein nach im Mute liege, seine Mitmenschen zu beleidigen. Der Verteidiger Breuers vertrat zur Ehrenrettung seines Klienten die Meinung, das Wort 'Kerl' werde in Arbeiterkreisen (also wohl in anderen Kreisen) nicht als Beleidigung aufgefaßt. (!) Dort sei der Bildungsgrad (?) nicht so ausgeprägt. Der Herr Verteidiger konnte zum Beweise dieser These höchstens den von dem Genossen Breuer an den Tag gelegten sozialdemokratischen 'Bildungsgrad' anführen. Allgemein vertreten wir eine andere Auffassung.

Die 'Rheinische Zeitung' wußte in Nr. 114 vom 14. Mai 1912 ganz entzückt über einen Verleumdungsprozeß zu berichten, der mit einem Vergleich endete. Dieser endete mit einer Verurteilung; und wir können das Fazit mit den Worten der 'Rheinischen' dahin zusammenfassen: 'Mit einem langen Gesicht verließ der sozialdemokratische Held das Feld seiner Unehre. Ob er aus seiner Niederlage die Lehre zieht, in Zukunft den gewerkschaftlichen Kampf mit ausländigen Mitteln zu führen, wagen wir allerdings nicht zu hoffen.' — Doch, der Mann ist nun gewarnt! Mag er sich in Zukunft zusammen nehmen und nicht mehr behaupten, wie er verantwortlich kann. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband vertritt Anhang aber mag immerhin stolz sein auf einen solchen Obmann. Der Teil der Metallarbeitererschaft, der noch etwas auf seine Ehre hält, rückt weit von solchen 'Kämpen' ab.

Literarisches.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, von C. Braun. Im Verlag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine ist eine Abhandlung des Verbandessekretärs C. Braun erschienen, die, obgleich sie eigentlich insbesondere zur Klärung der augenblicklichen Situation geschrieben ist, dennoch einen bleibenden prinzipiellen Wert besitzt. Besonders die beiden ersten Kapitel über die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Konsumgenossenschaftsbewegung und deren Verbandsorganisationen tragen unter Benutzung einwandfreier Tatsachennaterials zur grundsätzlichen Beurteilung der ganzen Bewegung ein gut Teil bei. Die Neutralitätsfrage, die heute innerhalb dieser Bewegung eine fortwährende Reibfläche schafft, wird eingehend erörtert und der Weg gewiesen, den die deutsche Genossenschaftsbewegung um ihrer selbst willen gehen muß, wenn sie ihre hohen wirtschaftlichen Ziele erreichen soll.

Von aktueller Bedeutung sind die Kapitel über die Stellung der politischen Parteien zur Konsumgenossenschaftsfrage und über die augenblickliche Situation. Hier wird durch interessante Streiflichter über den politischen Horizont gezeigt, mit welchen Anschauungen und Gegnern die Genossenschaftsbewegung heute noch zu rechnen hat. Mit einem in der Form sachlichen, aber dennoch energiegelichen, eingehend begründeten Protest gegen die durch die Gesetzgebung geplante Anebelung der Konsumvereine, wird zugleich eine geschickte Verteidigung der Stellung verbunden, die der Verband bei der Ahmehrbewegung eingenommen hat. Die Broschüre ist jedem Genossenschaftler, aber auch jedem Konsumisten, der glaubt, bis heute der Genossenschaftsbewegung noch abwartend gegenüberstehen zu müssen, zur Orientierung und Aufklärung zu empfehlen. Der Preis beträgt 30 Pf. Bestellungen sind direkt an den Verband westdeutscher Konsumvereine, Rülheim-Rhein, zu richten.

See- und Marine-Adreßbuch. Heft 16. Staatsbürger-Bibliothek, gr. 8° (60) R.-Glabach 1912, Volksvereinsverlag GmbH, 40 Pf., portofrei 45 Pf.

Unter der Rubrik 'Das deutsche Reichsheer' werden zunächst die vier Kriegsministerien sowie der Generalstab der Armee nach Aufbau und Zusammenfassung angeführt, worauf unter dem Titel 'Armee-Einteilung' die Armeedivisionen, Feldzeugmeistereien usw. behandelt werden. Einem Verzeichnis der Armeekorps, Divisionen und Brigaden mit den ihnen zugeordneten Regimentern folgt eine Aufzählung sämtlicher Truppenteile, nach Gattung und Nummer geordnet. Im gleichen wird der Kaiserlichen Marine und der Schutztruppe gedacht. Das Heft dient einer schnellen und zuverlässigen Orientierung.

Briefkasten.

An Viele. Die Meldungen von Sterbefällen zur Veröffentlichung in der Sterbetafel müssen außer dem Namen immer enthalten: 1. Sterbetag, 2. Alter und 3. Todesursache.

Sterbetafel.

Peine. Am 12. Mai starb unser Kollege Christ. Lehmann im Alter von 45 Jahren infolge Bluthur.

Call (Eifel). Am 19. Juni starb unser Kollege Wilhelm Höhrath im Alter von 18 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.

Menden. Am 18. Juni starb unser Kollege Anton Dirks im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung.

Essen. Am 12. Juni starb unser Kollege Peter Schneider im Alter von 24 Jahren.

Stettin. Am 16. Juni starb unser Kollege Kapitän B. im Alter von 44 Jahren.

Essen. Am 20. Juni starb unser Kollege Wilhelm Göbel im Alter von 47 Jahren an Lungenleiden.

Biorheim. Am 14. Juni starb unser Kollege Albert Reiß, Richter, im Alter von 38 Jahren an Lungen- und Nierenleiden. Am 16. Juni starb unser Kollege Julius Stab, Silberarbeiter, im Alter von 57 Jahren an einem Herzschlag.

Sollingen. Am 14. Juni starb unser treuer Kollege Gustav Profenius im Alter von 75 Jahren infolge eines Schlaganfalles.

Alme. Am 22. Juni starb unser Kollege Franz Gillebrand im Alter von 54 Jahren infolge Gallensteinoperation.

Chre ihren Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!
Veräunnt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Samstag, den 29. Juni.

Bremen. Abends 8.45 Uhr im Berchtesgauer Hof, Dörfstraße 1. Vortrag 1. Abends 9 Uhr im Christl. Gewerkschaftshaus, Westerbekstraße.

Düsseldorf-Nützen. Abends 9 Uhr bei Pechenberger.

Leipzig-Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Franz Wotter, Ecke Steinbühnenweg und Rotentorstraße.

Stettin. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.

Westsachsen-Schalle. Abends 8 Uhr öffentl. Versammlungen bei Karl's im Gewerkschaftshaus Gluttracht und im ev. Vereinshaus. Referenten: Hermann-Dohm und Walter-Dübber. Weitere öffentl. Versammlungen: Vorm. 11 Uhr im Rottentor bei W. Teemer; Nachm. 4 Uhr im Walterscheid bei Wilmann; Vorm. 11 Uhr im Wanne bei Entenshamm; Nachm. 4 Uhr im Hotel bei Hengel. Ref.: W. Giesberg und Junbusch.

Düsseldorf-Nützen. Abends 9 Uhr bei Schröder, Talstraße 97.

Düsseldorf-Nützen. Abends 9 Uhr bei Wilmann, Reichstraße.

Westsachsen-Schalle. Abends 9 Uhr im Lokale Müller.

Neubrandenburg. Vorm. 11.30 Uhr bei Bodenmann.

Neubrandenburg. Nachm. 2 Uhr bei Franzen.

Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Wilmann.

Sonntag, den 30. Juni.

Dortmund (Lünen-Witten). Vorm. 11 Uhr allgem. Vertrauensmännerversammlung im Lokale des Herrn Brot (Falkenberg).

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr gemeinsame Versammlungen der Vertrauensmännerversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Ortsgruppen und Vertrauensmänner ist Pflicht. Lokal: Paulushaus, Meiner Saal, Luisenstraße 33-35.

Düsseldorf-Söllingen. Bes. bei Kraushaus für alle in der Messerschmiedwerkstatt tätigen Arbeiter des Kreises Söllingen. Referent Kollege Hebborn.

Herbede. Morgens 11 Uhr bei Dien außerordentl. Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Karlsruhe. Vorm. 10 Uhr im Palmgarten Vorst. und Vertikalschneidung. Vorträge mit dem Ortsleiter.

Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Hünigberg, Breuerstraße 14.

W.-Glabach. Branchenversammlung der Eisenarbeiter vorm. 11 Uhr bei Wozan, Marktsteig.

Neubrandenburg. Abends 9 Uhr bei Frauen bei Westermann.

Neubrandenburg. Abends 8 Uhr im Stern bei Schlegel.

Rath-Deum. Morgens 11 Uhr bei Arch, Mieselerstraße.

Zweibrücken. Nachm. 4 Uhr im Comby bei Jas. Hüther; abends 8 Uhr im Jyheim bei Frankfurt mit Familienangehörigen. Referent Kollege Bäcker-Saarbrücken.

Mittwoch, den 3. Juli.

Dortmund (Kleinwerbe). Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus.

W.-Glabach. Vert. der Schlosser, Dreher und übrigen Maschinen- und Hilfsarbeiter gleich nach Feierabend bei Schmitz, Bürgerhof.

Donnerstag, den 4. Juli.

Danzig-Langfur. Abends 8 Uhr in der Flora.

Dortmund 2. Abends 8.30 Uhr im Lokale Meiberg, Dörfm. 11.

Dortmund 3. Abends 8.30 Uhr bei Freundlich an Neumarkt, Vertrauensmännerversammlung.

Schalkmühle. Abends 7 Uhr bei Wedder.

Freitag, den 5. Juli.

Galter. Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.

Samstag, den 6. Juli.

Berlin-Moabit. Vert. bei Baberki, Gorkowskistraße 36.

Bole-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann. L.-D.: Arbeitsnachweisfrage. Die Kommission für den Metallarbeiterlag wird abg. erscheinen.

Elbing. Abends 8 Uhr im Erlösungshaus.

Eberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Kerckhoff, Klogbahn.

Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Wänterbren, Schiffsstraße 7.

Freiburg. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.

Köln-Gremich. Abends 9 Uhr außerordentl. Generalversammlung bei Köndorfer, Kerpelstraße.

Obheim bei Kalk. Abends 9 Uhr bei Schmitz, Frankfurterstraße.

Radiolf. Abends 8.30 Uhr im Kreuz. Vortrag: Kommunale Sozialpolitik.

Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.

Westsachsen-Schalle. Abends 8.30 Uhr bei Wilmannborn. L.-D.: Arbeitsnachweisfrage.

Sonntag, den 7. Juli.

Deikum. Vorm. 11 Uhr bei C. H. Schulle, am Markt.

Helm. Mittagsbesprechung im 'Kreuz'.

Berlin-Zugentische. Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnereigen, Stralauerstraße 53.

Bonn. Vorm. 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße. L.-D.: Diskussion über die zur Generalversammlung gestellten Entwürfe.

Brühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Hofstraße 8.

Danzig. Nachm. 2 Uhr im Jozefshaus.

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr gemeins. Versammlung im Paulushaus, Luisenstraße 33-35.

Duisburg. Vorm. 11 Uhr bei Giesen, Wankelmerstraße 98.

Gebelberg, 2. Bezirk. Vorm. 10.30 Uhr bei Buder, Haffingerstraße. Unorganisierte mitbringen.

Hamborn. Nachm. 5 Uhr bei Freundlich am Neumarkt, Quartalsversammlung mit Frauen.

Sagen-Altenhagen. Morgens 11 Uhr bei Steinhaus. L.-D.: Arbeitsnachweisfrage.

Köln-Neug. Morgens 11 Uhr bei Dir, Ölheimerstraße.

Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Fehder, Hauptstraße.

Schelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstraße.

Srier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchin, an der Meerstraße.

Adressen:
Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Ab 1. Juli hat unser Fernsprechanschl. die Nr. 8 683.

Stettin. Unser Vereinstafel ist von jetzt ab die 'Elsium-Brauerei'. Wegen beständiger Vergrößerung des Betriebes werden dauernd zu baldigem Eintritt gesucht:

Femmermacher, Revolverdreher, Metallfräser, Werkzeughloher, Optiker.
Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbittet Carl Feib, Sena.